

Actualités 2/2021

Die elektronische Zeitschrift der
Deutsch-Französischen Juristenvereinigung e.V.



■ Termine 2021

Praxis des UN-Kaufrechts in
Frankreich und Deutschland
Webinar der Reihe „Regards
croisés“ am 21. Oktober 2021,
19 – 20 Uhr

Deutsch-Französische Berufs-
aussichten für Juristen
Webinar der Reihe „Regards
croisés“ am 18. November 2021,
19 – 20 Uhr

Liebe Mitglieder,
liebe Freunde der DFJ,

zu einem Zeitpunkt, in dem das Deutsch-Französische Juristentreffen regelmäßig stattfindet, erscheinen nun diese *Actualités*, sicherlich ein schwacher Trost für die ausgefallene Tagung.

Noch mehr als sonst stehen Menschen im Vordergrund dieser Ausgabe, deren juristischer Werdegang auf sehr unterschiedliche Weise mit dem Nachbarland verknüpft ist. Sie zeigen eine Vielfalt der deutsch-französischen Juristenwelt, die immer wieder erstaunlich ist. Allen gemeinsam ist die Neugier für die fremde Rechtsordnung und -sprache und das Streben nach akademischer und beruflicher Bestleistung. So werden Sie in dieser Ausgabe vier Preisträger der DFJ-Exzellenzpreise, zwei Studierende aus Düsseldorf/Cergy, eine junge Anwältin aus Düsseldorf mit bestandener Anwaltsprüfung in Paris und einen Anwalt aus Frankfurt/Main, der auf eine langjährige internationale Anwaltspraxis zurückblickt, kennenlernen.

Natürlich finden hier auch neuere Rechtsentwicklungen ihren Platz, wie die neuen EU-Standardklauseln im Datenschutz, die Wirtschaftsmediation oder das Lieferkettengesetz im deutsch-französischen Vergleich.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihre
Fabienne Kutscher-Puis

Chers membres,
chers amis de la DFJ,

Alors qu'à cette époque de l'année, normalement, les Rencontres annuelles des Juristes Franco-Allemands ont lieu, c'est le présent numéro des *Actualités*, qui paraît, une bien pâle compensation pour le congrès annulé.

Encore plus qu'à l'habitude, cette édition met en avant des personnes dont le parcours juridique est lié, chacun à sa manière, avec le pays limitrophe. Ces parcours nous montrent un monde juridique franco-allemand dont la diversité nous étonnera toujours. Tous ont en commun la curiosité pour le droit étranger et sa langue juridique et la quête de l'excellence académique et professionnelle. Ainsi, ce numéro vous permettra de rencontrer quatre lauréats du prix d'excellence de la UFA, deux étudiants de Düsseldorf/Cergy, une jeune avocate de Düsseldorf ayant réussi le Barreau parisien et un avocat de Francfort/Main qui revient sur sa longue pratique d'avocat international.

Naturellement, trouvent également leur place ici des actualités juridiques, telles que les clauses contractuelles types européennes en matière de protection des données, la médiation commerciale et la loi sur la vigilance dans les chaînes d'approvisionnement en comparaison France-Allemagne.

Nous vous souhaitons une lecture enrichissante.

Bien à vous,
Fabienne Kutscher-Puis

■ Inhaltsverzeichnis

Die Vereinigung aktiv	4
„Regards croisés – die Online-Vortragsreihe der DFJ und AJFA	4
Praxiswissen.....	6
Wirtschaftsmediation in Frankreich und Deutschland – eine werbende Kurzübersicht	6
von Christoph Martin Radtke, Lyon und Arno Maria Gotting, Frankfurt am Main	
Les clauses contractuelles types actualisées de la Commission européenne :.....	9
un gage de conformité sous conditions des transferts de données vers des États tiers	13
von Dr. Maryline Durin, Straßburg und Dr. Konstanze Brieskorn, Berlin/Paris	
Aus den Hochschulen.....	20
Die DFH-Exzellenzpreise 2021 – Gespräch mit den Preisträgern.....	20
von Dr. Fabienne Kutscher-Puis, Düsseldorf	
Der integrierte Deutsch-Französische Studienkurs der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	23
und der Université de Cergy-Pontoise	
von Namon Sejdiu, Düsseldorf, und Paul-Adrien Viala, Paris	
15 ^{ème} rencontre du Collège doctoral franco-allemand.....	28
von Dr. Maria Kordeva, Straßburg/Saarbrücken	
Aus der Anwaltschaft	29
Die Eignungsprüfung für europäische Rechtsanwälte in Paris	29
Bericht einer Ehemaligen aus dem Studiengang Düsseldorf/Cergy	
von Katharina Kuschel, Düsseldorf	
Aus den Gerichten	32
Flexibilisierung der Gerichtsorganisation – Die Einrichtung eines neuen Senats.....	32
beim Bundesgerichtshof zur Bewältigung des Diesel-Skandals	
von Dr. Konstanze Brieskorn, Berlin/Paris	
Im Gespräch	34
Dr. Thomas Försterling, Docteur en droit, Rechtsanwalt in Frankfurt am Main	34
Recht verständlich	37
Lieferkettensorgfaltspflichten und obligations de vigilance	37
von Dr. Fabienne Kutscher-Puis, Düsseldorf	

Lesenswertes	40
Klaus F. W. Fleck/Wolfgang Güttler/Stefan Hans Kettler,	40
Fachwörterbuch Recht, Wirtschaft und Politik/Dictionnaire juridique, économique et politique,	x
Band 2: Deutsch – Französisch	
von Dr. Jürgen Jekewitz, Dorweiler/Bonn	
Literaturhinweise BIJUS	41
Neue Perspektiven.....	48
Stellenanzeige MARS-IP:.....	48
<i>Rechtsanwältin / Rechtsanwalt (IP/IT)</i>	
Stellenanzeige MARS-IP:.....	51
Angebot für eine Wahlstation ab Januar 2022	
Stellenanzeige MALMENDIER LEGAL:	54
<i>Rechtsanwältinnen / Rechtsanwälte (Zivilrecht und Öffentliches Wirtschaftsrecht)</i>	

■ Impressum

Deutsch-Französische Juristenvereinigung e.V.

1. Vorsitzender:

Prof. Dr. Marc-Philippe Weller

2. Vorsitzender:

Dr. Heiner Baab

Generalsekretär:

Dr. Arno Maier-Bridou

Schatzmeister:

Dr. Christoph Hirschmann

Redaktion:

Dr. Fabienne Kutscher-Puis (V.i.S.d.P.)

fkp@kutscher-puis.com

Dr. Konstanze Brieskorn

k.brieskorn@hwh-avocats.com

DFJ-Sekretariat:

Jutta Leither

Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Fachbereich 03

D-55099 Mainz

Telefon: +49 6131 39-22412

E-Mail: jleith@uni-mainz.de

Vereinsregister Mannheim VR 100197

Internet

www.dfj.org

■ Die Vereinigung aktiv

„Regards croisés“ – die Online-Vortragsreihe der DFJ und AJFA

von Dr. Fabienne Kutscher-Puis, LL.M., Düsseldorf



Die langjährigen Mitglieder der DFJ wissen, dass die jährlichen Deutsch-Französischen Juristentreffen für die Teilnehmer mehr als nur einen fachlichen Austausch bedeuten. Die persönlichen Begegnungen, die Gespräche, die sich über mehrere Tage fortsetzen können, und die gemeinsamen Erlebnisse in den Tagungsstätten und an den besonderen Orten, deren Türe uns die wechselnden Organisationskomitees öffnen, sind stets ein wichtiger Teil unserer Treffen und Grund genug, daran teilzunehmen. So haben die Vorstände der AJFA und DFJ lange gezögert, als Ersatz für die ausgefallenen Juristentreffen Online-Angebote zu machen. Da jedoch zum zweiten Mal das jährliche Treffen 2021 ausfallen musste, war es den Vorständen ein Anliegen, den Mitgliedern ein Forum zu geben, um sich zu fachlichen Themen auszutauschen.

So entstand die Online-Vortragsreihe der DFJ und der AJFA, ein erfolgsversprechendes Konzept, erarbeitet durch die AJFA unter der Federführung von Herrn Dr. Aurélien Raccah, Mitglied im Vorstand der AJFA, Lille: jeweils ein Fachvortrag von zwei Referenten stellvertretend für die französische und die deutsche Juristenwelt – kurzum eine Stunde der *regards croisés* - und im Anschluss eine ausgiebige Diskussion zwischen Teilnehmern und Referenten.



Den Anfang machten unsere Präsidenten am 10. Juni 2021 mit dem Thema „**Einblicke in die Bekämpfung großer Finanzverbrechen in Deutschland und Frankreich**“. Herr Jean-François Bohnert, Präsident der AJFA und *Procureur National Financier* der Französischen Republik, stellte die Aufgaben seiner 40-Mann-starken Behörde, das 2013 gegründete *Parquet National Financier* (PNF), vor. Diese einzigartige Institution, die ihresgleichen in Deutschland sucht, ist zuständig für die Ermittlung zum einem von Verdachtsfällen von Bestechung und Bestechlichkeit einschließlich der Bestechung von Amtsträgern im Ausland, zum anderen von Straftatbeständen des schweren Steuerbetrugs. Zusatzaufgaben bestehen in der Überwachung der Pariser Börse und in der Ermittlung von Straftaten in Zusammenhang mit wettbewerbsrechtlichen Verstößen. Selbstverständlich ohne Amtsgeheimnisse preiszugeben nahm Präsident Bohnert seine Zuhörerschaft auf eine faszinierende Reise mit, auf der der internationalen Bestechung der Kampf angesagt wird, gegebenenfalls in enger Zusammenarbeit mit ausländischen Staatsanwaltschaften, und

erhebliche Geldstrafen, die sicherlich abschreckend wirken, verhängt werden.

Als sehr wirkungsvollen Kontrast konnte Herr Prof. Marc-Philippe Weller den Fall Wirecard aus rechtlicher Sicht und das Scheitern der beteiligten deutschen Aufsichtsbehörden und -stellen schildern. Die vier Prüfstellen, die in Deutschland die Finanzaufsicht innehaben, nämlich die Deutsche Prüfstelle für Rechnungswesen (DPR), die BaFin, das Bundesamt für Justiz und die Staatsanwaltschaften, die Landesbehörden sind, haben bekanntlich die Missstände im Unternehmen Wirecard weder verhindern noch beheben können. In der Zwischenzeit ist das Gesetz zur Stärkung der Finanzmarktintegrität (FISG) am 3. Juni 2021 verabschiedet worden, das zwar keine bundeseinheitliche Staatsanwaltschaft am Beispiel des französischen PNF schafft, aber zumindest die DPR auflöst und die Befugnisse der BaFin stärkt.



Den Vorträgen folgte eine rege Diskussion zwischen den knapp 90 Teilnehmern. Das Interesse für die Thematik war groß und viele nutzten die Gelegenheit, von Herrn Bohnert mehr über die konkrete Arbeitsweise des PNF zu erfahren. Schließlich stellte jeder fest, dass das Wiedersehen seit unserer letzten schönen Tagung in Dresden im September 2019, auch wenn es nur auf dem Bildschirm geschah, sehr gelungen war.



Die zweite Ausgabe der „Regard croisés“ fand am 8. Juli 2021 statt und hatte zum Thema die **Wirtschaftsmediation in Deutschland und Frankreich**. Auch dieses Webinar fand unter reger Beteiligung statt, welche zeigte, wie hoch die Erwartungen an die Mediation sind. Die Referenten, Herr RA Christoph-Martin Radtke, Mitglied im Vorstand der AJFA, Lyon, und Herr RA Arno-Maria Gopping, Frankfurt am Main, haben für die *Actualités* ihre Erkenntnisse in lesenswerten Kurzaufgaben zusammengefasst, die Sie weiter hinten in dieser Ausgabe finden.

Das nächste Webinar der „Regards croisés“ wird am 21. Oktober 2021 zum Thema „**Praxis des UN-Kaufrechts in Frankreich und Deutschland**“ stattfinden. Des Weiteren veranstaltet die DFJ – außer der Reihe der „Regards croisés“ – am 18. November 2021 ein **Webinar über die Deutsch-Französische Berufsaussichten für Juristen**. Dieses Webinar richtet sich besonders an junge Juristen und soll eine interaktive Diskussion mit Vertretern von verschiedenen juristischen Berufen in Deutschland ermöglichen.



Dr. Fabienne Kutscher-Puis, LL.M. ist Rechtsanwältin in Düsseldorf, Fachanwältin für Internationales Wirtschaftsrecht und Avocat à la Cour de Paris. Ihr Tätigkeitsschwerpunkt ist das Handels- und Vertriebsrecht im deutsch-französischen Rechtsverkehr. Sie ist Mitglied im Vorstand der DFJ und Schriftleiterin der Actualités.

■ Praxiswissen

Wirtschaftsmediation in Frankreich und Deutschland – eine werbende Kurzübersicht

Die 2021 ins Leben gerufene Reihe der AJFA/DFJ Onlinevorträge hat sich am 8. Juli 2021 der Wirtschaftsmediation in Frankreich und Deutschland gewidmet. Die Impulsvorträge wurden von Herrn Christoph Martin Radtke, Mitglied im Vorstand der AJFA, Partner bei Fiducial Legal by Lamy in Lyon, und von Herrn Arno Maria Gotting, Rechtsanwalt der Kanzlei Taylor Wessing in Frankfurt am Main, gehalten. Die lebhaft anschließende Diskussion mit den Teilnehmern hat gezeigt, wie aktuell und praxisrelevant das Thema ist. Wir möchten den Referenten daher an dieser Stelle die Gelegenheit geben, für dieses wichtige Thema zu werben.

La médiation commerciale en France

von Christoph Martin Radtke, Lyon

Actualité de la médiation commerciale

La médiation commerciale est un sujet d'actualité qui devrait intéresser tous les juristes français et allemands, en tout cas ceux qui travaillent dans le domaine commercial.

Première raison de l'actualité du sujet : la pandémie et ses conséquences ont eu un impact négatif sur l'exécution des contrats commerciaux. En raison des problèmes du fonctionnement des usines, d'approvisionnement en matières premières, d'arrêt des chaînes logistiques, du blocage des ports chinois, tous ces faits ont perturbé l'exécution de nombreux contrats entre entreprises françaises et allemandes et ont créé des conflits entre clients et fournisseurs, acheteurs et vendeurs, distributeurs, agents commerciaux etc... Qui doit supporter les conséquences de tels problèmes ? Qui doit payer ? Comment résoudre de tels conflits ? S'adresser aux tribunaux au risque de s'engager dans de longues et coûteuses procédures ? Mettre en danger la poursuite des relations avec des clients et des fournisseurs ?

Deuxième raison : la pandémie a montré que les tribunaux français et allemands n'étaient pas préparés techniquement au télétravail et ont, pendant plusieurs mois, pratiquement cessé de fonctionner. Si les activités ont aujourd'hui repris, les listes d'attente sont longues et la durée habituelle des procédures s'est largement prolongée par le renvoi des dossiers à des dates lointaines.

Quelles solutions existent alors pour des milliers d'entreprises françaises et allemandes concernées par ces problèmes ? Attendre ? Ne rien faire ? La meilleure solution à envisager est : la médiation commerciale.

Définition de la médiation commerciale et déroulement

La médiation commerciale est une médiation qui concerne les activités professionnelles des parties et plus précisément tout conflit entre une entreprise française et allemande résultant par exemple d'un contrat de vente, contrat d'agent commercial ou de distribution, contrat de service, de coopération industrielle, contrat de licence etc. La médiation permet en général dans un délai très court, 3 à 6 mois, et à un coût très faible, de trouver avec l'aide d'un médiateur indépendant une solution acceptable pour les deux parties, qui prend la forme d'un accord de médiation.

Les caractéristiques les plus marquantes d'un processus de médiation sont :

- la sincérité des parties, nécessaire pour faire avancer les discussions,
- la confidentialité qui les protège,
- l'impartialité du médiateur,
- la liberté des parties de mettre fin à tout moment à la médiation.

Tous ces éléments conduisent au but de la médiation, à se comprendre, à s'entendre et à aboutir à un accord. Il existe des méthodes techniques très précises, que les médiateurs formés et qualifiés maîtrisent.¹

Cadre légal de la médiation en France

Le cadre légal de la médiation commerciale en France existe depuis la loi n° 95-125 du 8 février 1995, actualisée plusieurs fois depuis, notamment par la loi de modernisation de la justice du 21^{ème} siècle du 18

¹ Voir au sujet de la technique de la médiation en France et en Allemagne, Martin Hauser, *Wirtschaftsmédiation in Frankreich und Deutschland im Vergleich*, Viadrina-Schriftenreihe zu Mediation und Konfliktmanagement, Band 2, 2015 (https://martinhausermediation.com/wp-content/uploads/2019/11/sr_viadrina_bd02_hauser_ebook.pdf), La médiation commerciale en France et en Allemagne – une comparaison, Collection Viadrina Médiation et Gestion des conflits, Band 3, 2015 https://martinhausermediation.com/wp-content/uploads/2019/11/sr_viadrina_bd03_hauser_ebook.pdf.

novembre 2016 et par la loi de réforme pour la justice du 23 mars 2019. La médiation est désormais bien installée dans le système judiciaire français.

Les cas où le recours à la médiation est obligatoire devant le tribunal judiciaire sont prévus par l'article 750-1 du Code de procédure civile (CPC). De plus, selon l'Article 127 CPC : « *Hors les cas prévus à l'article 750-1, le juge peut proposer aux parties qui ne justifieraient pas de diligences entreprises pour parvenir à une résolution amiable du litige une mesure de conciliation ou de médiation* ». Le CPC traite de la médiation notamment dans ses articles 131-1 à 131-3. Le Code civil précise dans son article 2238 l'effet de la médiation sur la prescription qui est suspendue. Finalement, le CPC précise en son article 1565, que « *l'accord auquel sont parvenues les parties à une médiationpeut être soumis, aux fins de le rendre exécutoire à l'homologation du juge compétent ...* »

En conclusion : La France dispose d'un cadre juridique très complexe et favorable à la médiation commerciale.

Pratique de la médiation en France, particulièrement dans les relations franco-allemandes

Dans la pratique, en France, les formes les plus fréquentes de la médiation sont : la médiation ordonnée ou proposée par le juge et la médiation conventionnelle qui résulte d'un accord des parties, avant ou après la naissance d'un conflit.

Pour les entreprises, et d'un point de vue pratique, la médiation conventionnelle est de loin la meilleure méthode puisqu'elle rend prévisible la solution d'un différend, elle évite la radicalisation des positions qui résulterait des mises en demeure ou d'un projet d'assignation, et elle permet très tôt de se rapprocher en vue d'un accord. Toujours dans un souci de rendre prévisible la solution d'un différend, il est préférable de faire référence déjà dans le contrat ou dans l'accord de médiation à une institution et à un règlement de médiation qui encadre le déroulement du processus.

Concernant la médiation conventionnelle, la plupart des contrats conclus entre des entreprises allemandes avec l'État français et ses émanations, les instituts et centres de recherche, les universités etc., prévoient des médiations préalables à tout contentieux, mais les partenaires de droit public imposent en général un centre de médiation spécifique et un médiateur professionnel nommé par ce centre. Quand bien même ces médiateurs maîtrisent la technique de la médiation pour rapprocher les parties, il est rare de trouver dans ces médiations des marchés publics de médiateur maîtrisant aussi la langue allemande, connaissant la mentalité et la culture des affaires des entreprises allemandes.

La solution de médiation la plus adaptée pour résoudre un différend entre entreprises françaises et allemandes est une médiation selon le Règlement de Médiation de la Chambre Franco-Allemande de Commerce et d'Industrie à Paris (CFACI). Le nouveau Règlement 2021 du Centre de Médiation Franco-Allemand, sortira en automne 2021. Ce règlement sera adapté à toute nouvelle possibilité et technique de gérer une médiation à distance, d'organiser des réunions par visio-conférence etc. Pour le reste, il s'agit d'un règlement classique assez comparable aux règlements de médiation de l'ICC ou du CMAP. Il encadre notamment la médiation, fixe la durée et assure la confidentialité.

Mais un point est spécifique au nouveau règlement 2021 qui est un grand atout pour les utilisateurs : le Centre de Médiation de la Chambre Franco-Allemande sera capable de proposer aux parties des médiateurs qualifiés et formés, qui maîtrisent la langue française comme la langue allemande et qui connaissent les mentalités et pratiques des entreprises françaises et allemandes dans le domaine commercial. Ceci est la meilleure des garanties pour mettre en confiance les deux parties, pour les rapprocher et pour créer un dialogue productif. Ceci est possible par la création d'un comité d'accréditation composé des représentants d'entreprises françaises et allemandes qui sélectionne et valide les médiateurs. Les juristes français et allemands ont tout intérêt à suivre cette actualité et à consulter le site internet CFACI et finalement à prévoir dans les contrats une clause de médiation CFACI.



Christoph Martin Radtke, Rechtsanwalt (München) und Avocat à la Cour (Lyon), ist Partner der Kanzlei Fiducial Legal by Lamy in Lyon, Frankreich und französischer Fachanwalt für Internationales Recht und Europarecht. Seine Tätigkeitsschwerpunkte sind das deutsche und französische Wirtschaftsrecht, Internationales Handels- und Vertriebsrecht, Internationales Privatrecht, Europarecht, Internationale Schiedsgerichtsbarkeit und Internationale Streitigkeiten.

Die Wirtschaftsmediation in Deutschland

von Arno Maria Gotting, Frankfurt am Main

Konflikte sind allgegenwärtig und vielschichtig

Das Wirtschaftsleben ist voller Konfliktfelder – Tendenz steigend. Insbesondere Kunden- und Lieferantenbeziehungen bergen eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten für gegensätzliche Interessen und Positionen. Das Austragen von Konflikten geht mit dem Risiko einher, dass (Geschäfts-)Beziehungen daran zerbrechen. Konflikte sind aber nicht zwingend nachteilig – oftmals sind sie sogar notwendig, um verkrus-

tete Strukturen aufzubrechen und Wandel zu ermöglichen. Entscheidend ist jedoch die rechtzeitige und "richtige" Behandlung des jeweiligen Konflikts.

Die Vielschichtigkeit von Konflikten hat eine Fülle unterschiedlicher Konfliktbehandlungsmethoden hervorgebracht. Wirtschaftskonflikte werden traditionell entweder durch direkte Verhandlungen der Parteien oder – wenn diese scheitern – durch ein Gerichts- bzw. Schiedsgerichtsverfahren beigelegt. Dazwischen gibt es aber zahlreiche Verfahren der "*Alternative Dispute Resolution*" (ADR).

Wirtschaftsmediation

Wertvoller Bestandteil dieses reichhaltig bestückten "Werkzeugkoffers" der Konfliktbehandlungsmethoden ist die Wirtschaftsmediation.

Wirtschaftsmediation ist Verhandeln unter Anleitung. Die Parteien verhandeln autonom und bleiben damit auch ergebnisverantwortlich. Gleichzeitig werden sie bei ihren Verhandlungen und Konfliktlösungsversuchen durch einen allparteilichen Dritten unterstützt, der über keinerlei eigene (Konflikt-)Entscheidungskompetenz verfügt. Seine Aufgabe besteht vielmehr in der Steuerung und Strukturierung der Verhandlungen.

Vorteile der Mediation

- Durch das Erarbeiten einer von den Parteien selbst verantworteten Lösung werden in Mediationen oftmals wertschöpfende und nachhaltige Konfliktlösungen erreicht.
- Anders als in (Schieds-)Gerichtsverfahren sind die den Parteien zur Verfügung stehenden Lösungsoptionen nicht durch den Streitgegenstand limitiert – Win-Win-Lösungen sind realistisch.
- Langjährige Geschäftsbeziehungen werden nicht durch ein aufs Gewinnen ausgerichtetes Gerichtsverfahren belastet.
- Eine Mediation ist diskret – sie findet ohne Öffentlichkeit statt.
- Mediationen sind meist deutlich kürzer und damit auch kostengünstiger als Gerichtsverfahren – oft reicht schon eine Mediationsverhandlung zur Beilegung des Konflikts.

Mediationen haben eine sehr hohe Erfolgsquote.

Geringer Einsatz von Mediation in Europa...

Trotz dieser unbestreitbaren Vorteile und hervorragender Erfahrungen in anderen Industrienationen wie z.B. den USA hat die Wirtschaftsmediation in Europa noch immer einen schweren Stand. Auch wenn es seit dem Jahr 2008 eine europäische Mediationsrichtlinie gibt, wurden in den Staaten der Europäischen Union bis zum Jahr 2014 weniger als 1% aller zivil- und handelsrechtlichen Streitigkeiten einer Mediation zugeführt².

² [https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document.html?reference=IPOL-JURI_ET\(2014\)493042](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document.html?reference=IPOL-JURI_ET(2014)493042).

...insbesondere auch in Deutschland

In Deutschland sieht es auch aktuell nicht besser aus. Im Jahr 2012 trat das deutsche Mediationsgesetz in Kraft, das im Jahr 2017 von der Bundesregierung flächendeckend evaluiert wurde. Einer der Befunde der Evaluation lautet: *"Die Zahl der durchgeführten Mediationen ist auf einem gleichbleibenden niedrigen Niveau."*³ Die Zahl der in Deutschland durchgeführten Mediationen schwankt danach zwischen 7.000 und 8.500 pro Jahr.

Mediation ist in vielen Unternehmen noch unbekannt

Auch wenn mittlerweile zahlreiche anerkannte Institutionen wie beispielsweise die Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit und verschiedene Industrie- und Handelskammern Mediationsordnungen bereitstellen, ist die Mediation vielen deutschen Unternehmen noch immer unbekannt. In Führungsetagen und Rechtsabteilungen wird sie oftmals noch immer nicht als gleichwertiges Streitbeilegungsverfahren wahrgenommen.

Mediation beginnt schon beim Vertragsentwurf

Die der Mediation weiterhin entgegengebrachte Skepsis spürt nicht nur der Dispute Resolution-Spezialist, sondern auch der Kautelarjurist. Denn die Frage nach dem Umgang mit Konflikten stellt sich nicht erst im Streitfall, sondern bereits bei der Vertragsgestaltung. So muss – während das (staatliche) Gerichtsverfahren den Konfliktparteien zur Beendigung ihrer Streitigkeit immer zur Verfügung steht – die Durchführung einer Mediation von den Parteien ausdrücklich, idealerweise bei Vertragsschluss, vereinbart werden. Solche Klauseln finden sich aber in verhältnismäßig wenigen Verträgen – entsprechende Vorschläge muss der mediationsaffine Vertragsgestalter seiner Mandantin nicht selten im Wege einer ausführlichen Erläuterung der soeben genannten Vorteile einer Mediation schmackhaft machen.

Ein besseres Streitbehandlungsregime

Dabei können Vertragsparteien mit der Einbeziehung privater Konfliktbehandlungsmethoden ein eigenes – besseres – Streitbehandlungsregime schaffen.

Aus wirtschaftlicher Sicht "besser" sind dabei alle Methoden, die helfen, Gewinne zu maximieren bzw. Verluste zu minimieren. Wie im Wirtschaftsleben allgemein, geht es also um **Effizienz** und damit die Relation von Kosten zu Ergebnis. Im Hinblick auf die Konflikt- bzw. Streitbehandlung sind Kosten allerdings nicht nur direkte finanzielle Aufwendungen für das Verfahren (wie z.B. Gerichtsgebühren, Kosten des Schiedsgerichts oder des sonstigen Dritten, Rechtsanwaltsgebühren etc.). Vielmehr gibt es zahlreiche weitere Faktoren, die Einfluss auf die Kosten der Konfliktbehandlung haben.

³https://www.bmjv.de/SharedDocs/Downloads/DE/Service/StudienUntersuchungenFachbuecher/Evaluationsbericht_Mediationsgesetz.pdf?__blob=publicationFile&v=1.

Aus Unternehmenssicht reizvoll sind in diesem Zusammenhang – neben der **Reduzierung der direkten Kosten** – die durch eine Mediation in Aussicht stehende **Verkürzung der Verfahrensdauer** sowie die **Vertraulichkeit** der Verhandlungen, die **Schonung/Verbesserung von Geschäftsbeziehungen** sowie die **Optimierung des Verfahrens und des Verfahrensergebnisses**.

Eine Mediation ist also auch im engeren Sinne lohnenswert.

Eskalationsklauseln

Zur Vereinbarung einer Mediation ist aus verschiedenen Gründen der Einsatz gestufter Streitbeilegungsklauseln (Eskalationsklauseln) zu empfehlen.

Eskalationsklauseln sind Vertragsbestimmungen, die zur Behandlung und Erledigung von Konflikten die sukzessive Durchführung mehrerer getrennter Verfahren vorsehen. Es werden also verschiedene Konfliktbehandlungsmethoden "hintereinandergeschaltet" (z.B.: bilaterale Verhandlung – Mediation – Schiedsgericht).

- Die Verwendung derartiger Klauseln erhöht die Wahrscheinlichkeit, für einen erst später auftretenden Konflikt das geeignete Verfahren zu "treffen".
- Gut formulierte Eskalationsklauseln trennen die einzelnen Verfahrensschritte sauber voneinander ab – so ist auch der Übergang von der ADR zum Gerichtsverfahren eindeutig.
- Darüber hinaus findet sich in einer solchen Bestimmung auch der ADR-skeptische Unternehmer wieder: Denn am Ende der Eskalationsleiter steht eine ihm vertraute Instanz: Ein Gericht. Dieses kommt freilich nur dann zum Zuge, wenn die vorgeschalteten ADR-Methoden scheitern.

Fazit

Im Zuge des Evaluierungsprozesses zum Mediationsgesetz stellte der damalige deutsche Justizminister Heiko Maas diplomatisch fest: "*Mediation wird in Deutschland in ganz unterschiedlichen Bereichen erfolgreich als Mittel der Konfliktbeilegung eingesetzt. Deutlich wird aber auch, dass das Potential der Mediation noch nicht ausgeschöpft ist.*" Das gilt heute unverändert.

Die unbestreitbaren Vorteile der Mediation werden noch viel zu selten genutzt. Dabei tut der Einsatz der Mediation nicht weh – im Misserfall kann sich immer ein Gerichtsverfahren anschließen. Eskalationsklauseln sichern bereits im Vorfeld die Wahl des zum Konflikt passenden Verfahrens. Zudem bieten sie auch Skeptikern einen roten Faden für die Konfliktbeilegung.



Arno Maria Gotting, M.A., LL.M. (KCL), ist Rechtsanwalt der Kanzlei Taylor Wessing in Frankfurt am Main. Seine Tätigkeitsschwerpunkte sind das Handels- und Vertriebsrecht, das Produkthaftungsrecht sowie (Alternative) Dispute Resolution.

Les clauses contractuelles types actualisées de la Commission européenne : un gage de conformité sous conditions des transferts de données vers des États tiers

von Dr. Maryline Durin, Straßburg und Dr. Konstanze Brieskorn, Berlin/Paris

Il est frappant de constater combien la circulation des personnes entre les États a régressé par l'effet de mesures contraignantes et exceptionnelles de restrictions de déplacement dans le contexte de la crise sanitaire du Covid-19, tandis que la circulation des données personnelles – en particulier des données de santé – se rapportant à ces mêmes personnes s'est accélérée, se jouant (ou semblant se jouer) des frontières étatiques. Dans un souci de garantir un niveau de protection élevé, équivalent à celui prévu dans l'UE, les transferts de données personnelles vers un État tiers sont appréhendés par le législateur européen comme une catégorie particulière soumise à un régime spécifique renforcé.

Depuis l'entrée en application, le 25 mai 2018, du Règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE (« RGPD »), ce régime spécifique en cas de *transfert* vers un État tiers ou à une organisation internationale¹, prévu à l'art. 44 du RGPD, est celui d'une licéité « sous conditions ».

Licéité « sous conditions »

Un tel transfert est ainsi considéré comme licite :

- lorsque l'État tiers a fait l'objet d'une Décision d'adéquation (art. 45 du RGPD) de la Commission européenne (« Commission »). Dans ce cas, le transfert peut avoir lieu sans que le res-

¹ La question du transfert à des organisations internationales ne sera pas abordée dans le cadre de cet article.

pect de conditions supplémentaires. Très peu de pays ont cependant fait l'objet d'une telle Décision². Le Royaume-Uni en est un depuis le 28 juin 2021³ ; ou,

- en absence de Décision d'adéquation, lorsque le Responsable du traitement ou le Sous-traitant qui transfère les données (« l'Exportateur des données ») a « prévu des garanties appropriées » énumérées à l'art. 46 du RGPD, parmi lesquelles l'utilisation de clauses contractuelles types de protection des données adoptées par la Commission, ou par une autorité de contrôle et approuvées par la Commission ; ou,
- lorsqu'il n'existe ni Décision d'adéquation, ni garanties appropriées, dans certains cas (limitatifs et d'interprétation stricte) de dérogations pour « situations particulières » listées à l'art. 49 du RGPD dont l'Exportateur doit prouver l'existence.

Concernant le deuxième cas de figure, la Commission a adopté le 4 juin 2021 une Décision d'exécution (UE) 2021/914 relative aux clauses contractuelles types (« CCT ») pour le transfert de données à caractère personnel vers des pays tiers.

Ces CCT constituent un instrument de transfert des données prisé pour plusieurs raisons :

- Cet instrument reposant sur la notion de contrat, il est aisé d'intégrer des CCT dans un contrat que l'on envisage de conclure avec un partenaire.
- Ces CCT sont l'un des instruments de transfert prévus par le RGPD dont la mise en œuvre ne nécessite pas de requérir l'autorisation préalable d'une autorité de contrôle.

Prévues dans la Directive 95/46/CE⁴, des CCT avaient été adoptées par la Commission en 2001 puis en 2010. Le remplacement de la Directive 95/46/CE par le RGPD requérait donc leur actualisation.

Une telle actualisation était également devenue indispensable pour prendre en compte l'évolution des technologies et des pratiques (nouveaux modes de communication, nouvelles activités) et l'ampleur prise par les flux transfrontières de données.

Enfin, les CCT de la Commission devaient être révisées pour intégrer les enseignements de l'arrêt de la Cour de justice de l'UE (« CJUE ») du 16

²https://ec.europa.eu/info/law/law-topic/data-protection/data-transfers-outside-eu/adequacy-protection-personal-data-non-eu-countries_en.

³https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/decision_on_the_adequate_protection_of_personal_data_by_the_united_kingdom_-_general_data_protection_regulation_en.pdf

⁴ Art. 26 par. 4 de la Directive 95/46/CE.

juillet 2020, dit « Schrems II » (Aff. C-311/18), qui a invalidé le « Bouclier de protection des données » (*Privacy shield*), instrument de transfert convenu entre l'UE et les États Unis en février 2016⁵ et qui avait pourtant fait l'objet d'une Décision d'exécution (UE) 2016/1250 du 12 juillet 2016 relative à l'adéquation de la protection qu'il assurait.

Il en ressort ainsi qu'en l'absence de Décision d'adéquation, la licéité d'un transfert de données vers un État tiers dépend des garanties appropriées que l'utilisation des CCT de la Commission peut apporter (a), à condition qu'Exportateur et Importateur s'engagent à respecter des obligations particulières pour vérifier et s'assurer concrètement que la législation de l'État tiers permette le respect effectif du niveau de protection requis par le droit de l'UE (b).

(a) L'utilisation des nouvelles CCT de la Commission

Les nouvelles CCT sont entrées en vigueur le 27 juin 2021, avec une période de transition pour les contrats conclus avant le 27 juin 2021 sur la base des CCT précédentes qui peuvent être utilisés jusqu'au 27 décembre 2022, à condition que « *les opérations de traitement faisant l'objet du contrat demeurent inchangées et que l'invocation de ces clauses garantisse que le transfert de données à caractère personnel est soumis à des garanties appropriées* ».

Le champ d'application des nouvelles CCT

Alors que les CCT « anciennes » ne pouvaient être utilisées qu'entre un Exportateur de données Responsable du traitement et un Importateur de données agissant soit en cette même qualité, soit en qualité de Sous-traitant, les nouvelles CCT s'appliquent également au transfert de données d'un Sous-traitant à un Responsable du traitement et au transfert de données entre Sous-traitants.

Le fait que quatre configurations soient prévues dans un seul acte a pour conséquence une structuration particulière des CCT figurant à l'annexe de la Décision d'exécution (UE) 2021/914. En effet, les CCT se présentent sous la forme de « clauses générales », applicables à toutes les configurations, et de « clauses spécifiques » à chaque configuration.

Avec cette nouvelle approche dite « modulaire », Exportateurs et Importateurs doivent appliquer les clauses générales et « *choisir le module applicable à leur situation, de manière à adapter leurs obligations au titre des clauses contractuelles types à leur rôle et responsabilités dans le traitement des données en question* »⁶. Autrement dit, ils doivent

⁵ En remplacement des « Principes de la sphère de sécurité » (« Safe Harbor Principles ») invalidés par la CJUE dans son arrêt « Schrems I » du 06.10.2015 - Aff. C-362/14.

⁶ Considérant 10 de la Décision d'exécution (UE) 2021/914.

préalablement définir le(s) rôle(s) de chacun dans l'opération de transfert afin d'identifier, finalité par finalité, la qualité (Responsable du traitement ou Sous-traitant) en laquelle chacun agira⁷.

Deux autres innovations méritent également d'être soulignées.

D'une part, les nouvelles CCT organisent la possibilité pour de nouvelles entités d'adhérer et de devenir partie, en tant qu'Exportateur ou Importateur de données, Responsable du traitement ou Sous-traitant, à un contrat existant à condition que toutes les entités déjà parties au contrat intégrant ces CCT donnent leur accord⁸.

D'autre part, en conséquence de l'art. 3 par. 2 du RGPD relatif à son champ d'application (extra)territorial, il est admis qu'une entité, qui n'est pas établie dans l'UE, puisse, dans certaines situations, utiliser les nouvelles CCT.

L'effet juridique des nouvelles CCT

Afin qu'elles puissent jouer pleinement leur rôle d'instrument de transfert de données fournissant – effectivement – des garanties appropriées au sens de l'art. 46 du RGPD, la Commission a posé un principe d'invariabilité des CCT. En application de ce principe, interdiction est faite aux parties de modifier les CCT « *sauf [...] pour ajouter ou mettre à jour des informations* » ou pour inclure les CCT « *dans un contrat plus large* » ou pour « *ajouter d'autres clauses ou des garanties supplémentaires, à condition que celles-ci ne contredisent pas, directement ou indirectement, les [CCT] et qu'elles ne portent pas atteinte aux libertés et droits fondamentaux des personnes concernées* »⁹.

En outre, une clause de hiérarchie avec primauté des CCT est prévue en cas de contradiction avec des clauses figurant dans d'autres accords convenus entre les parties¹⁰.

Par ailleurs, les parties doivent être en mesure, à tout moment, de démontrer qu'elles respectent les CCT auxquelles elles ont choisi de recourir (obligation de rendre compte sur laquelle le RGPD est fondé)¹¹.

Enfin les personnes, auxquelles se rapportent les données transférées, qualifiées de « tiers bénéficiaires » par la clause 3 des CCT, se voient accorder le droit d'invoquer et de faire appliquer les CCT « *contre l'Exportateur et/ou l'Importateur de données* »¹², en sus des droits qui leur sont reconnus par le RGPD.

7 EDPB, Guidelines 07/2020 on the concepts of controller and processor in the GDPR, Version 2.0, Adopted on 07.07.2021.

8 Considérant 6 de la Décision d'exécution (UE) 2021/914 et la clause 7 (Clause d'adhésion) des CCT.

9 Art. 2 de la Décision d'exécution (UE) 2021/914.

10 Cf. la clause 5 des CCT.

11 Considérant 17 de la Décision d'exécution (UE) 2021/914.

12 Sous réserve de certaines exceptions : cf. la clause 3 lettre a de la Décision d'exécution (UE) 2021/914.

La soumission des transferts de données à la compétence des autorités de contrôle des États membres de l'UE

En application de la clause 13 des CCT, l'autorité de contrôle compétente pour contrôler la conformité du transfert des données est nécessairement une autorité de contrôle d'un État membre de l'UE.

Il s'agit soit de l'autorité de contrôle de l'État membre dans lequel l'Exportateur des données est établi (cas visés par l'art. 3 par. 1 du RGPD), soit de celle de l'État membre dans lequel est établi le représentant désigné par l'Exportateur des données (cas visés par les art. 3 par. 2 et 27 par. 1 du RGPD), soit des autorités de contrôle de chaque État membre dans lesquels se trouvent des personnes concernées par le transfert des données (cas visés par les art. 3 par. 2 et 27 par. 2 du RGPD).

La clause 13 des CCT prévoit en complément une compétence extra-communautaire de cette autorité de contrôle européenne en ce sens que l'Importateur des données doit accepter « *de se soumettre à [sa] juridiction [...] et de coopérer avec elle* »¹³. Cela implique notamment qu'il doit accepter de répondre aux demandes de renseignements, de se soumettre à des audits ou encore de se conformer aux mesures (par ex. correctrices et / ou compensatoires) adoptées par cette autorité.

Enfin, pour assurer une effectivité de la compétence des autorités de contrôle européennes, les clauses 17 et 18 des CCT, relatives au droit applicable et aux juridictions compétentes en cas de litige à raison des CCT, imposent aux Exportateurs et Importateurs de données de convenir de désigner la loi et les juridictions d'un État membre de l'UE.

Aperçu sur les obligations et responsabilités incombant aux parties au transfert de données fondé sur les nouvelles CCT

Les CCT sont un instrument de transfert de données personnelles dont l'utilisation doit permettre de « *garantir la continuité [du] niveau élevé de protection* » offert par le RGPD aux personnes physiques en cas de transfert de leurs données vers un pays tiers¹⁴.

Aussi, est-ce en toute cohérence que les CCT reflètent, dans les obligations qu'elles imposent aux parties au transfert, les obligations que le RGPD met à la charge des Responsables du traitement et de leurs Sous-traitants.

Ainsi, la clause 6 des CCT impose aux parties de prévoir une description des détails du transfert envisagé (catégories de données transférées, finalité(s) du transfert, etc.).

Dans la même logique, la clause 8 des CCT fait application de principes et d'exigences sur lesquels le RGPD est construit : limitation des finalités, transparence, exactitude et minimisation des données, limitation

¹³ Considérant 13 de la Décision d'exécution (UE) 2021/914.

¹⁴ Considérant 1 de la Décision d'exécution (UE) 2021/914.

de leur conservation, de sécurité du traitement, encadrement spécifique en cas de données sensibles, en cas de recours à la sous-traitance, en cas de transferts ultérieurs, etc.

S'agissant des responsabilités, la clause 12 des CCT pose notamment 3 principes essentiels applicables quel que soit le module :

- responsabilité de chaque partie envers la ou les autres parties en cas de manquement aux CCT,
- droit à réparation pour les personnes concernées qui estiment avoir subi un préjudice matériel ou moral à raison d'un manquement par une partie aux CCT,
- impossibilité pour l'Importateur des données de s'exonérer de sa responsabilité en invoquant le comportement d'un sous-traitant ultérieur.

b) Obligations particulières des parties en lien avec les effets éventuels de la législation de l'État tiers sur le niveau de protection effectif des données

La difficulté posée par les CCT tient en leur nature contractuelle : elles ont force obligatoire entre les parties au contrat mais pas à l'égard des autorités publiques du pays de destination des données.

C'est la raison pour laquelle la CJUE a, dans son arrêt « Schrems II », mis l'accent sur la nécessité pour les Exportateurs et Importateurs de données de procéder à une évaluation du risque de non-respect des clauses par l'Importateur à raison des effets éventuels de la législation de l'État tiers, et sur leur obligation, en fonction du résultat de cette évaluation, de s'imposer, par voie contractuelle, des mesures additionnelles.

Tirant les conséquences de cet arrêt, les clauses 14 et 15 des CCT de la Commission prévoient des obligations et des « *garanties spécifiques en particulier à la lumière de la jurisprudence de la Cour de justice* »¹⁵ à la charge des parties, et en particulier l'Importateur, « *en cas de législations et [de] pratiques locales ayant une incidence sur le respect des clauses* » et « *en cas d'accès des autorités publiques* ».

Les autorités de contrôle régionales (*Landesdatenschutzbeauftragte*) en Allemagne recommandent à cette fin de prendre des mesures additionnelles d'ordre juridique, technique et/ou organisationnel afin de garantir la sécurité des données transférées.¹⁶

15 Considérant 18 de la Décision d'exécution (UE) 2021/914.

16 V. p.ex.

https://lfd.niedersachsen.de/startseite/themen/weitere_themen_von_a_z/internationaler_datenvkehr/das_schrems_ii_urteil_des_eugh_und_seine_bedeutung_fur_datentransfers_in_drittlander/das-schrems-ii-urteil-des-europaischen-gerichtshofs-und-seine-bedeutung-fur-datentransfers-in-drittlander-194085.html.

Dans la même optique, la CNIL a publié une « méthode » pour aider à « identifier et à traiter les transferts de données hors UE »¹⁷.

Dans ses Recommandations 01/2020 sur les mesures qui complètent les instruments de transfert destinés à garantir le respect du niveau de protection des données à caractère personnel de l'UE (version finale du 18 juin 2021), le Comité européen de la protection des données (CEPD) propose une « Feuille de route » et donne des exemples de mesures additionnelles dont :

- des **mesures techniques** comme le chiffrement ou la pseudonymisation des données ou le traitement fractionné ou multipartite des données ;
- des **mesures contractuelles** comme des obligations d'information et de transparence de l'Importateur envers l'Exportateur et/ou la personne concernée par rapport à toute tentative d'accès aux données par des autorités publiques, l'interdiction de faciliter l'accès aux données ou l'obligation de soutenir la personne concernée lors de l'exercice de ses droits ;
- des **mesures organisationnelles** comme la mise en place de responsabilités et de procédures opérationnelles standardisées en cas de transfert et d'accès aux données et la documentation et la publication des demandes d'accès et de la réponse fournie.

Conclusions

Un transfert de données vers un État tiers envisagé sur le fondement des CCT ne devrait donc pas avoir lieu si la législation et les pratiques du pays tiers empêchent l'Importateur de données de respecter ces clauses.¹⁸

Aussi, l'Exportateur de données, qui envisage un tel transfert, doit y renoncer et s'il est déjà effectif, il doit le suspendre, s'il estime qu'aucune garantie appropriée ne peut être fournie ou si l'autorité de contrôle compétente lui en donne l'instruction¹⁹.

S'agissant plus particulièrement des transferts de données vers les États-Unis, ne devrait-on pas les considérer, à ce jour, comme interdits car, comme le relève la CJUE, la protection des données personnelles sur le sol américain n'est pas garantie au même niveau que celui demandé par le droit européen, notamment en ce qui concerne la protection contre l'accès par des autorités étatiques. Il semble en effet douteux qu'une protection adéquate soit possible, même en mettant en œuvre les mesures additionnelles décrites ci-dessus.

17 <https://www.cnil.fr/fr/responsables-de-traitement-comment-identifier-et-traiter-des-transferts-de-donnees-hors-ue>

18 Considérant 19 de la Décision d'exécution (UE) 2021/914.

19 Considérant 21 de la Décision d'exécution (UE) 2021/914.

En tout état de cause, quel que soit l'État tiers, l'approche doit être dynamique : rien n'est figé et un transfert qui est licite un jour, ne le sera peut-être plus le lendemain.

C'est un défi difficile à relever pour les entités désireuses de procéder à de tels transferts. Mais la protection de nos données personnelles au niveau élevé dont nous bénéficions sur le territoire de l'UE est à ce prix.



Maryline Durin, Docteur en droit, est Avocate au Barreau de Strasbourg au cabinet ANTELITIS à Strasbourg. Ses domaines d'activités dominantes sont le droit des contrats, le droit du commerce électronique, la protection des données personnelles. Elle est chargée d'enseignement en « Commerce électronique » et en « Protection des données personnelles » dans le Master 2 Professionnel « Droit de l'Internet et des Systèmes d'Information » de la Faculté de droit de l'Université de Strasbourg.



Konstanze Brieskorn, Docteur en droit, est Avocate au Barreau de Berlin au cabinet hw&h Hertslet Wolfer & Heintz Avocats & Rechtsanwälte à Paris. Ses domaines d'activité sont le droit du travail et le droit des affaires dans les relations franco-allemandes.

Elle est membre du comité de rédaction des Actualités.

■ Aus den Hochschulen

Die DFH-Exzellenzpreise 2021 – ein Gespräch mit den Preisträgern

von Dr. Fabienne Kutscher-Puis, LL.M., Düsseldorf

Wie bereits in den Actualités 1/2021 mitgeteilt, hat die DFJ dieses Jahr vier Exzellenzpreise der Deutsch-Französischen Hochschule gestiftet. Damit leistet die DFJ einen nennenswerten Beitrag zur Förderung des deutsch-französischen akademischen Nachwuchses. Die Schriftleitung hat mit den Preisträgern über ihren bisherigen Werdegang und ihre Perspektiven gesprochen und junge Juristen mit Visionen kennengelernt.

Die **Humboldt European Law School** mit dem Programm „European Lawyer“ wird nicht zum ersten Mal durch einen DFH-Exzellenzpreis gewürdigt. 2021 erhält Frau **Sophie-Charlotte Lemmer** als Absolventin dieses renommierten Programms die begehrte Auszeichnung für ihre hervorragenden akademischen Leistungen, die sie an der Humboldt-Universität zu Berlin und in der anschließenden ersten juristischen Prüfung, an der Université Paris 2 Panthéon-Assas mit einem *Master 1 Droit international Privé* und zu guter Letzt am King's College London



mit dem *Master of Laws in Information Law* erbracht hat. Dass Sophie-Charlotte Lemmer eine engagierte Europäische Bürgerin *par excellence* ist, liest sich jedoch bereits in ihrem Lebenslauf vor Beginn des Studiums: Geboren im Dreiländereck in der schönen Stadt Aachen wurde sie in Englisch und Französisch seit der 6. Klasse unterrichtet und nahm an einem Schüleraustausch in Frankreich teil. Noch als Schülerin engagierte sie sich ehrenamtlich und wurde UNICEF Junior-Botschafterin.

Durch das Programm des „*European Lawyer*“ konnte sie ihr Interesse für Sprachen und für Themen von öffentlichem Interesse, auch außerhalb der Grenzen ihrer deutschen Heimat, weiterverfolgen. Ihre Abschlussarbeit am King’s College London mit dem Thema „*Alexa, Are You Friends With My Kid? Smart Speakers and Children’s Privacy Under the GDPR*“, die mit dem Dickson Poon School of Law Price ausgezeichnet wurde, zeigt zudem, wie sie komplexe Regelungen wie die der DSGVO bestens beherrscht und sich nicht scheut, bestimmte Erscheinungen des digitalen Zeitalters in Frage zu stellen. Diese Interessenschwerpunkte führt Sophie-Charlotte Lemmer fort, seitdem sie als Rechtsreferendarin im Landgerichtsbezirk Hamburg tätig ist. Ihre Stationen hat sie unter anderem im Bundeskanzleramt und im juristischen Dienst der Europäischen Kommission absolviert. Heute ist sie Rechtsreferendarin im Hamburger Büro der internationalen Anwaltssozietät Latham & Watkins.

Auch das **Programm BerMüPa** wurde bereits durch Exzellenzpreise der Deutsch-Französischen Hochschule für die herausragenden Leistungen seiner Absolventen ausgezeichnet. BerMüPa ist ein gemeinsames Programm der Université Paris 2 Panthéon-Assas, der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) und der Ludwig-Maximilians-Universität in München (LMU). Herr **Philipp Reiser** hat dieses Programm in seiner Heimatstadt München und an der Université Paris 2 Panthéon-Assas mit Bravour absolviert, weshalb er 2021 einen DFH-Exzellenzpreis erhält. Auf französischer Seite erlangte er die *Licence en droit* und die *Maîtrise en droit* und verfasste im Rahmen eines deutsch-französischen Gemeinschaftsseminars zur Reform des französischen und des deutschen Schuldrechts eine Abschlussarbeit mit dem Thema „Die Entwicklungsgeschichte der Rechtsgründe der Deliktshaftung“. Sein deutsches Universitätsstudium beendete Philipp Reiser mit der Ersten Juristischen Prüfung in München, die er 2020 als Zweitbesten Absolvent in Bayern mit der Gesamtnote „Sehr gut“ ablegte. Zugleich war er jahrelang aktives Mitglied und zwei Jahre lang Vorstandsmitglied im Verein Association BerMüPa e.V. (<https://www.bermupa.org>). Dieser Alumniverein fördert die Begegnung zwischen deutschen und französischen Programmteilnehmern und ermöglicht ihnen Einblicke in die spätere juristische Berufs- und Arbeitswelt.



Der Preisträger Philipp Reiser überrascht allerdings mit einer weiteren, für einen Juristen sehr bemerkenswerten Qualifikation: Parallel zu seinem Jurastudium hat er 2014, auch an der LMU in München, einen Bachelor in Volkswirtschaftslehre als Jahrgangsbester abgeschlossen. Sein konstantes Interesse für die Volkswirtschaftslehre stellt er während des akademischen Jahres 2020/2021 unter Beweis, in dem er an der Queen Mary University of London an seinem Bachelorstudiengang anknüpft, um einen *Master of Science in Economics* zu einem Thema der Außenhandelstheorie zu erlangen. Nach diesem weiteren Abschluss wird Philipp Reiser das Rechtsreferendariat in München beginnen.

Die bayerische Metropole ist die Heimat einer weiteren Preisträgerin: Frau **Mailis Pachebat**. In München besuchte die Tochter von französischen Eltern das *Lycée franco-allemand*. Das *Baccalauréat* und das Abitur erlangte sie am Französischen Gymnasium Berlin. Sie entschied sich für den **Deutsch-Französischen Jura-Studiengang** an der Universität Potsdam und der Université Paris Nanterre. Nach den zwei ersten Studienjahren in Potsdam setzte sie das Studium im dritten und vierten Jahr in Paris fort. Die Abschlüsse Master 2 und LL.M. erlangte sie Ende des Jahres 2019 mit der Auszeichnung „Très bien“ und „Summa cum laude“. Ihre Masterarbeit verfasste sie zum Thema „Die strafrechtliche Haftung von juristischen Personen bei Verschmelzungen im deutschen und französischen Recht“ letztlich zweimal, nämlich in französischer Sprache und in deutscher Sprache, jeweils unter Beachtung der unterschiedlichen Vorgaben für akademische Arbeiten in beiden Ländern.



Bereits gegen Ende ihres deutsch-französischen Studiums entschied Mailis Pachebat, sich im Bereich des Bank- und Kapitalmarktrechts weiter zu spezialisieren und begann, zeitgleich mit dem Abschluss der französischen *Barreau*-Prüfung und während der letzten Monaten ihres deutsch-französischen Abschlusses, an der Université Panthéon-Sorbonne einen *Master de droit bancaire et financier*. Als *Élève avocat* führt Mailis Pachebat diesen Weg nun zielstrebig fort und absolvierte Stages in international orientierten Anwaltskanzleien im Bereich *Financial services and banking litigation*, darunter in Paris bei Gide Loyrette Nouel, in Luxemburg bei Linklaters und in Paris bei Herbert Smith Freehills, wo sie zurzeit neben ihrem Anwaltsstudium auf Teilzeitbasis arbeitet.

Auch Frau **Axelle Rupert**, die wir in dieser Ausgabe als vierte Preisträgerin vorstellen, ist nach ihrem deutsch-französischen Studium bereits im Berufsleben angekommen. Axelle Rupert wuchs in Mulhouse auf und besuchte deutsch-französische Vor- und Grundschulen in ihrem heimatlichen Elsass. Ab der 6. Klasse wechselte sie, weiterhin im Elsass wohnend, auf das Deutsch-Französische Gymnasium (DFG) in



Freiburg im Breisgau, wo sie das deutsche Abitur und das französische *Baccalauréat* ablegte. Mit diesem außergewöhnlichen schulischen Parcours bewies Axelle Rupert bereits eine starke Flexibilität und Leistungsbereitschaft, und so war es für sie nicht weiter außergewöhnlich, einen Jura-Studiengang mit wechselnden Studienorten in Frankreich und Deutschland aufzunehmen. Ihr Studiengang im Rahmen des bereits vorgestellten **BerMüPa Programms** führte sie nicht nur nach München und Paris, sondern auch nach Saarbrücken, wo sie die zwei ersten Studienjahre verbrachte. Tatsächlich bietet das *Centre Juridique Franco-Allemand* der Universität des Saarlandes ihren Studenten an, am Programm BerMüPa teilzunehmen.

Im Master 2 legte Axelle Rupert einen Schwerpunkt auf das EU-Recht, insbesondere auf das EU-Wettbewerbsrecht. Das Interesse für das EU-Recht war jedenfalls geweckt und führte Axelle Rupert dazu, sich beim renommierten *Collège d'Europe* in Bruges für einen postgraduierten Studiengang zu bewerben. Ihren Abschluss *Master of European Laws* erwarb sie 2020. Ihre fundierten Kenntnisse im EU-Agrarrecht und ihre Mehrsprachigkeit bringt sie nun in gemeinnützige Organisationen ein mit dem Ziel, Agrarproduzenten aus Drittländern bei der Produktion und beim Handel, inkl. mit EU-Partnern, zu unterstützen. Heute ist sie bei der Nichtregierungsorganisation COLEACP beschäftigt, die sich für nachhaltige Landwirtschaft einsetzt.

Den Preisträgern der DFH-Exzellenzpreise 2021 wünschen wir weiterhin viel Erfolg auf ihrem akademischen und beruflichen Weg!

Der integrierte Deutsch-Französische Studiengang Düsseldorf-Cergy



In unserer Reihe zu den deutsch-französischen juristischen Studiengängen stellen wir in dieser Ausgabe den DFS, den Deutsch-Französischen Studiengang der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und der Université de Cergy-Pontoise vor. Zwei Studierende erläutern aus deutscher und französischer Sicht die Besonderheiten dieses Studiengangs, der

von zwei recht jungen Universitäten ins Leben gerufen wurde, und deren Absolventen mittlerweile in Kanzleien und Unternehmen erfolgreich vertreten sind.

Der DFS aus der Sicht eines deutschen Studierenden

von Namon Sejdiu, Düsseldorf

Seit nunmehr 15 Jahren bieten die Juristischen Fakultäten der CY Cergy Paris Université und der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf gemeinsam einen integrierten Deutsch-Französischen Studienkurs (DFS) an, der ganz im Zeichen der deutsch-französischen Freundschaft steht und durch die Deutsch-Französische Hochschule in Saarbrücken gefördert wird. Drei Jahre lang war ich Student des DFS und freue mich, diesen Oktober den Grundstudienkurs mit der Licence und der Zwischenprüfung erfolgreich abzuschließen.

Gründe für den DFS

Für mich war bereits in der Schulzeit und insbesondere nach meinem Abitur relativ schnell klar, dass ich mich im Studium und beruflich in Zukunft gerne international ausrichten würde. Ich bin zweisprachig (Albanisch und Deutsch) aufgewachsen und habe in der Oberstufe ein Jahr in Frankreich in der Nähe von Lyon als Austauschschüler verbracht. Mit den erlernten Französischkenntnissen und der neuen Liebe zu Frankreich war ich inspiriert, meine Schulzeit mit dem AbiBac (Abitur und *Baccalauréat*) in Dortmund abzuschließen.

Bei der Suche nach einem geeigneten Studiengang im rechtswissenschaftlichen Bereich ist mir schon früh der Deutsch-Französische Studienkurs an der Heinrich-Heine-Universität aufgefallen. Der Studienkurs in Düsseldorf passte nicht nur perfekt zu meinem bereits französisch-orientierten Profil, sondern überzeugte mich letztendlich insbesondere durch den einzigartigen Studienaufbau und die Partneruniversität Cergy in der Nähe von Paris.

Der Deutsch-Französische Studienkurs verfolgt das Ziel, die Studenten im deutschen sowie im französischen Recht grundlegend auszubilden, ohne das Ziel des Staatsexamens aus den Augen zu verlieren. Deutsche Vorlesungen und Klausuren werden kombiniert mit französischen Veranstaltungen und Prüfungen. Die Kurse sind optimal aufeinander abgestimmt und erlauben es den Studenten, Gelerntes aus beiden Rechtsordnungen miteinander inhaltlich zu verknüpfen und juristische sowie politische Unterschiede beider Länder herauszuarbeiten. Obwohl der juristische Teil selbstredend in beiden Rechtsgebieten stets im Vordergrund steht, wird auch die geschichtliche und soziale Entwicklung, die bis heute einen großen Einfluss auf Frankreich hat, nie außer Acht gelassen.

Struktur und Organisation des Studiengangs

Die beiden Fakultäten in Düsseldorf und Cergy bieten jeweils 15 Studienplätze pro Jahr an. Diese vergleichsweise kleine Anzahl von Studenten hat den Vorteil, dass das Verhältnis innerhalb der Studenten und zu den Dozenten insgesamt persönlicher ist. Dieser persönliche Austausch in der Gruppe, die freundliche Atmosphäre zwischen Lehrkräften und Kursteilnehmern sowie der Studienkurs als kleiner und geschützter „Safe-Space“ haben mir den Raum gegeben, mich in den Arbeitsgemeinschaften und Kursen verstärkt einzubringen. Die Vermittlung des oft anspruchsvollen Lernstoffes war immer gepaart mit einem wertschätzenden und konstruktiven Umgang der Dozenten.

Die Studenten verbringen das erste Studienjahr getrennt an den Fakultäten der jeweiligen Heimatuniversität. Erst im zweiten Studienjahr wird der DFS gemeinsam mit den Studenten aus Cergy in Düsseldorf fortgeführt. Das letzte Studienjahr im Rahmen des Grundstudienkurses findet dann in Cergy statt.

Düsseldorf habe ich nach dem zweiten Jahr mit einem lachenden und einem weinenden Auge verlassen. Obwohl die Zeit im Ausland integraler Teil des Studienkurses ist und ich mich schon lange auf die neuen Erfahrungen und Eindrücke freute, fiel mir der Abschied von Düsseldorf, wo ich mich in zwei Jahren Studium gut eingelebt hatte und einen Freundeskreis aufbauen konnte, zunächst nicht leicht. In Cergy und Paris konnte ich mich jedoch schnell einleben und Freunde finden.

Persönliche Eindrücke und Erfahrungen an der Partneruniversität

Mein Jahr in Cergy war coronabedingt von Einschränkungen im universitären und auch kulturellen Bereich geprägt. Vorlesungen und AGs fanden größtenteils im Distanzunterricht statt und auch das öffentliche Leben ist zeitweise zum Erliegen gekommen. Im Zuge der Lockerungen im zweiten Semester konnte ich jedoch glücklicherweise das kulturelle und geschichtsträchtige Paris und seine vielfältigen Facetten besser kennenlernen.

Während des zweimonatigen Praktikums im Sommer, dem Abschluss des Grundstudienkurses, in einer Pariser Rechtsanwaltskanzlei wurde mir der Beruf des deutsch-französischen Rechtsanwalts einprägsam nähergebracht.

Der dreijährige Grundstudienkurs hat es nicht nur geschafft, mein besonderes Interesse für Frankreich weiter zu vertiefen, meinen juristischen Horizont insgesamt zu erweitern, sondern hat mich insbesondere mit der juristischen Fähigkeit der Rechtsvergleichung vertraut gemacht. Trotz vieler Höhen und (durch Corona) auch Tiefen sehe ich das Jahr in Cergy als große Bereicherung.

Ausblick

Der Grundstudienkurs empfiehlt sich in erster Linie für diejenigen, die neben der deutschen auch die französische Rechtsordnung vertieft

kennenlernen und im Studium Auslandserfahrungen sammeln möchten. Während der Grundstudienkurs einen Überblick über verschiedenste Rechtsgebiete in beiden Ländern gewähren möchte, verschärft sich im Aufbaustudienkurs der Fokus auf den Bereich des Arbeits-, Wirtschafts- und Sozialrechts.



Namon Sejdiu ist Student des integrierten Deutsch-Französischen Studienkurses Düsseldorf-Cergy und schließt im Oktober dieses Jahres den dreijährigen Grundstudienkurs mit der Licence en droit sowie der Zwischenprüfung ab.

Der DFS aus der Sicht eines französischen Studierenden

von Paul-Adrien Viala, Paris

La "Filière intégrée franco-allemande en droit" est une licence délivrant un diplôme de l'Université Heinrich Heine de Düsseldorf et de l'Université de Cergy-Pontoise. Ce cursus est soutenu par l'Université franco-allemande qui procure des bourses aux étudiants pour leur mobilité. À l'issue des trois ans d'étude, les étudiants se voient décernés la *Zwischenprüfung* en droit allemand (équivalent allemand de la licence en France) et la licence en droit français.

Durant la première année, les étudiants suivent des cours dans la faculté de leur pays respectif, avant de retrouver toute la promotion à Düsseldorf en deuxième année et enfin à Cergy pour la troisième année. Chaque étudiant effectue donc deux semestres d'études dans l'université du pays partenaire ainsi que plusieurs stages obligatoires tout au long du cursus. Après l'obtention de la licence intégrée, les étudiants peuvent poursuivre avec le master intégré qui délivre lui aussi un double diplôme.

Pour présenter ce double cursus, je commencerai par dire qu'un fort sentiment d'appartenance à l'Union européenne anime et inspire les étudiants qui composent ma promotion. Européens convaincus, l'ambition d'effectuer un programme franco-allemand et de s'inscrire dans la continuité de l'amitié franco-allemande a été un moteur, nous étions unanimes sur ce point.

Aperçu de la licence intégrée du point de vue d'un Français

Je vais tâcher de donner un aperçu de la licence intégrée du point de vue d'un Français. La première année a été une année de forte découverte : découverte du système universitaire, du droit, du raisonnement juridique français et du raisonnement juridique allemand qui diffèrent

fondièrement l'un de l'autre et surtout découverte des cours et des rendus de travaux en langue étrangère pour ceux qui n'avaient pas fait d'Abibac (l'Abibac n'est pas requis pour postuler dans cette formation, je ne l'ai pas par exemple). La deuxième année est pour les Français la plus importante car elle se passe en Allemagne. Cette deuxième année a permis une plus forte immersion. On rencontre l'autre moitié de la promotion et on fait connaissance avec de nombreux Allemands. Les interactions entraînent une amélioration nette du niveau linguistique.

Malgré quelques chocs culturels, Allemands et Français forment un bon collectif et notre promotion était soudée. Düsseldorf est une ville agréable et idéale pour découvrir la culture allemande : campus étudiant vivant, coutume comme le carnaval, vieille ville animée, clubs de foot, proximité avec d'autres grandes villes (le *Semesterticket*, ticket obtenu par le règlement des frais de scolarité pour l'année nous a permis de voyager gratuitement dans toute la belle région de Rhénanie du Nord-Westphalie), lacs et curiosités touristiques abondantes... Cette année ne nous a laissé que des bons souvenirs.

La troisième année et le retour en France représente pour les Allemands ce qu'était la deuxième année pour les Français. Par ailleurs, les stages obligatoires nous amènent à développer des compétences appliquées concrètes. Les tuteurs sont bienveillants et attentifs à notre progression. En tant que Français, ces stages en Allemagne font partie intégrante du cursus. Ils permettent d'acquérir un meilleur niveau pratique et linguistique.

Nous avons également développé une entraide précieuse entre Allemands et Français pendant ce double cursus. Au-delà de cette entraide pour les cours, la plupart d'entre nous ont créé des liens forts et sommes désormais unis par l'amitié franco-allemande. Je recommande ainsi fortement ce cursus.



Paul-Adrien Viala est inscrit à la Filière intégrée franco-allemande en droit des universités de Düsseldorf et Cergy-Pontoise dans le cadre duquel il obtiendra en octobre, après trois années d'études, la licence en droit et la Zwischenprüfung allemande. Il est membre actif de Sunchild, une organisation de protection des droits de l'homme de l'Université de Cergy, en charge de la communication. Il participe également au projet Eutopia, une alliance européenne de six universités.

15^{ème} rencontre du Collège doctoral franco-allemand à Paris les 17 au 19 juin 2021

von Dr. Maria Kordeva, Straßburg/Saarbrücken

Créé grâce au soutien de l'Université franco-allemande et de ses établissements fondateurs (du côté français, l'Université de Strasbourg et l'Université Paris 1 Panthéon-Sorbonne, du côté allemand, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, et, depuis 2015, du côté italien, l'Université de Milan), le Collège doctoral franco-allemand sur la comparaison des droits publics nationaux face à l'intégration européenne vise à inscrire dans la durée l'insertion des doctorants dans le milieu scientifique franco-allemand en structurant davantage la coopération entre les équipes de recherches des universités participantes et en valorisant les travaux des jeunes chercheurs qui en sont membres. Afin de soutenir cette coopération, le Collège accorde des bourses et aides à la mobilité qui facilitent le séjour en France ou en Allemagne et tissent un lien de plus en plus solide entre ces deux mondes universitaires.

Du 17 au 19 juin 2021 à l'Université Paris 1 Panthéon-Sorbonne a eu lieu la 15^{ème} rencontre de jeunes chercheurs, organisée en présentiel par Dr. Yoan Vilain (Humboldt Universität zu Berlin) et Dr. Maria Kordeva (Universität des Saarlandes) et dirigée par Prof. Dr. David Capitant (Université Paris 1 Panthéon-Sorbonne) dans le cadre du Collège doctoral. Cette manifestation scientifique annuelle réunit une trentaine de jeunes chercheurs œuvrant dans le domaine franco-allemand en les répartissant en ateliers thématiques (Droits fondamentaux, Droit institutionnel, Droits européens). Après une année éprouvante, la rencontre a été l'occasion pour les jeunes chercheurs de se retrouver et de retrouver les universitaires porteurs de cette idée franco-allemande, présents dès les débuts du Collège, en 2007 : Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann et Prof. Dr. Ulrich Stelkens (Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer), Prof. Dr. Thomas Hochmann (Université Paris Nanterre), présents à Paris, pour n'en citer que quelques-uns, ou encore Prof. Dr. Matthias Jestaedt (Albert-Ludwigs-Universität - Freiburg im Breisgau), et Prof. Dr. Claus Dieter Classen (Universität Greifswald) qui ont pu prendre part aux débats à distance.

Pour plus d'informations sur le Collège, les bourses et les aides à la mobilité : <https://www.jus-publicum.eu/>



Dr. Maria Kordeva ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für französisches öffentliches Recht der Universität des Saarlandes in Saarbrücken. Besondere Tätigkeitsschwerpunkte sind das Verfassungsrecht, Verwaltungsrecht und die Rechtstheorie.

■ Aus der Anwaltschaft

Die Eignungsprüfung für europäische Rechtsanwälte in Paris – Bericht einer Ehemaligen aus dem Studiengang Düsseldorf/Cergy

von Katharina Kuschel, Düsseldorf

Gerade in Zeiten umfangreicher pandemiebedingter Reisebeschränkungen möchte ich im Folgenden gerne über meinen Weg zur *Avocate au Barreau de Paris* berichten, der Gleichgesinnten eine erste Orientierung geben könnte.

Grundsätzlich regelt die Richtlinie 98/5/EG vom 16. Februar 1998 die Voraussetzungen der Niederlassung eines Rechtsanwalts in einem anderen EU-Mitgliedstaat. So ist es für eine(n) deutsche(n) Rechtsanwalt/Rechtsanwältin (im Folgenden „Rechtsanwalt“) möglich, sich unter seiner/ihrer deutschen Berufsbezeichnung als Rechtsanwalt bei einer französischen Rechtsanwaltskammer eintragen zu lassen, um in Frankreich tätig zu werden. Vor einem französischen Gericht kann der zugelassene Rechtsanwalt seine Mandanten jedoch grundsätzlich nicht allein, sondern nur zusammen mit einem französischen Kollegen vertreten. Daneben bestehen nach derselben Richtlinie verschiedene Möglichkeiten, die es einem deutschen Rechtsanwalt erlauben, als *Avocat(e)* (im Folgenden „Avocat“) bei einer französischen Rechtsanwaltskammer zugelassen zu werden. Dies ist einerseits der Nachweis einer mehrjährigen Tätigkeit im französischen Recht oder andererseits die Ablegung einer Prüfung. Der Umfang der Prüfung hängt wesentlich vom Nachweis der an der Universität erworbenen Vorkenntnisse im französischen Recht ab.

Mir hatte mein *Master II en droit*, der Abschluss eines fünfjährigen französischen Jurastudiums, die Anmeldung zur Prüfung ermöglicht. Dieser Abschluss ist aufgrund einer Kooperation zwischen einer deutschen und einer französischen Universität möglich, wobei ich den Studiengang der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und der Université de Cergy-Pontoise bei Paris absolviert habe, der es den Studenten

als einer der wenigen deutsch-französischen Studiengänge ermöglicht, nicht nur den *Master I*, sondern anschließend auch den *Master II* im französischen Recht zu erwerben. Nach dem deutsch-französischen Doppelstudium in einer kleinen deutsch-französischen Studiengruppe konnten wir uns entscheiden, ob wir die deutschen Staatsexamina samt Referendariat oder die französische Eingangs- und Ausgangsprüfung samt Anwaltschule durchlaufen wollten. Für mich stand von Anfang an fest, meine Ausbildung jedenfalls mit dem zweiten Staatsexamen abzuschließen. Im Hinterkopf behielt ich allerdings stets auch das Ziel meine Ausbildung im französischen Recht zu vervollständigen.

Mein letzter Schritt auf dem Weg zum *Avocat à la Cour de Paris* erfolgte an einem sonnigen Julitag 2020 in Paris. An diesem Tag fanden dort auch die Prüfungen für die französischen *Élèves Avocats* statt, die kurz vor ihrem Berufseinstieg standen. Französische Studienabgänger absolvieren vor und nach ihrem Referendariat Eingangs- und Ausgangsprüfungen, gewissermaßen das französische Äquivalent zum deutschen ersten und zweiten Staatsexamen.

Zur Vorbereitung auf meine Prüfung zur Erlangung der Zulassung als *Avocat au Barreau de Paris* hatte die Anwaltschule Literaturempfehlungen herausgegeben. Unabkömmliches Handwerkzeug, um diese Prüfung zu meistern, war jedoch das während der fünf Studienjahre im französischen Recht erworbene Wissen. Als ich am Prüfungstag vor die Prüfungskommission trat, wies mir, wie in französischen Prüfungen üblich, ein gezogenes Los den Weg zum Gegenstand der Prüfung: „*Les conditions de mise en œuvre de la responsabilité civile professionnelle*“, die Anwaltshaftung: Spannend in der Theorie und gefürchtet in der Praxis. Schon die Vorbereitung meines Exposé am Pariser Hörsaalpult erinnerte mich an die guten alten Studienzeiten. Penibel hatte ich *à la française* einen binären Aufbau mit zwei Titeln und zwei Untertiteln für meinen Vortrag im Standesrecht gewählt. Auf eine solche klassische französische *Dissertation* hatte ich mich schon bei der Vorbereitung gefreut. Während die Standardaufgabe in deutschen Prüfungen die Fallbearbeitung ist, kennt die französische Prüfung drei verschiedene Aufgabentypen: die Dissertation, den Urteilscommentar und die Fallbearbeitung. Während der Aufbau der Fallbearbeitung sich stets aus der Prüfungsaufgabe selbst ergibt, müssen die Dissertation und der Urteilscommentar in der französischen Klausur nach einem strengen Aufbau und in klaren inhaltlichen Grenzen bearbeitet werden.

Da den meisten Prüflingen in Frankreich von Anfang an klar ist, dass die Prüfung im französischen Standesrecht nicht ohne ist, hatte ich mich - noch dazu als deutsche Rechtsanwältin - gut auf das Thema vor-

bereitet und konnte meine Prüfung mit vollem Erfolg ablegen. Staunen könnte man freilich darüber, dass das Ständerecht der Rechtsanwälte in Deutschland nicht Prüfungsstoff des zweiten Staatsexamens ist. Dies, obwohl Informationen zu Geldwäsche, Interessenkonflikten, Disziplinarrecht, Berufsgeheimnis, Honorarvereinbarungen, Berufshaftpflichtversicherung und der richtige Umgang mit den *Confrères* für den Rechtsanwaltsalltag, insbesondere für Berufseinsteiger, sehr hilfreich und teilweise unerlässlich sind.

Eine weitere, nicht zu unterschätzende Aufgabe ist der administrative Aufwand, der vor der eigentlichen Prüfung zum *Avocat à la Cour* entsteht. Dies geht nicht zuletzt auf die enorme Anzahl an Dokumenten und Nachweisen zurück, die bei der Pariser Rechtsanwaltskammer eingereicht werden müssen. Neben den französischen Unizeugnissen aus allen fünf Studienjahren, Unterlagen zur Beschäftigungs- und Einkommenssituation sowie einer „Good-Standing“-Bescheinigung der deutschen Rechtsanwaltskammer, zählt dazu etwa auch die Bescheinigung einer Pariser Kanzlei, die den *Avocat*, der außerhalb des Hexagons praktiziert, in Frankreich domiziliert. Ein solches Vorhaben erfordert vor allem die Unterstützung und Rückendeckung des Arbeitsumfeldes, wie dies bei mir von Beginn an und während sämtlicher bürokratischer Hürden vollumfänglich der Fall war.

Nach der Einreichung aller erforderlichen Dokumente durfte ich mich meinem *Rapporteur* in Paris vorstellen. Der *Rapporteur* ist ein ehemaliges Mitglied des *Ordre des Avocats* und erfüllt gewissermaßen die Funktion eines kanzleiexternen Paten für frisch in Paris zugelassene Rechtsanwälte. Dieses Paten-System ist meiner Ansicht nach eine schöne Praxis und wäre möglicherweise auch für junge Rechtsanwälte in Deutschland eine Bereicherung.

Als ich schließlich meine druckfrische Zulassung als *Avocat à la Cour de Paris* in den Händen hielt, freute sich das großartige Team von Lang & Rahmann riesig mit mir und die frisch gefertigte französische Robe hing schon in der Kanzlei für mich bereit.

Heute, wo meiner Tätigkeit als deutsche und französische Rechtsanwältin nichts mehr im Wege steht, freue ich mich, dass ich diese Herausforderung angenommen habe.



Katharina Kuschel ist als Rechtsanwältin und Avocat au Barreau de Paris bei der Kanzlei Lang & Rahmann in Düsseldorf tätig. Neben den juristischen Staatsprüfungen hat sie einen Master I und einen Master II an der französischen Universität Cergy erlangt. Ihr Tätigkeitsgebiet ist das internationale Wirtschaftsrecht mit einem Schwerpunkt auf deutsch-französische Rechtsstreitigkeiten.

■ Aus den Gerichten

Flexibilisierung der Gerichtsorganisation – Die Einrichtung eines neuen Senats beim Bundesgerichtshof zur Bewältigung des Diesel-Skandals

von Dr. Konstanze Brieskorn, Berlin/Paris

Der BGH teilte am 22 Juli 2021 mit, dass vorübergehend ein neuer Senat für "Diesel-Sachen" am BGH eingerichtet werde. Aufgrund der hohen Zahl an Abgas-Klagen auf Schadenersatz seien die bislang zuständigen Senate, der VI. und der VII. Zivilsenat, überlastet.

Ende August 2019 gab es nach Angaben von Wikipedia noch 62.000 offene Klagen von Käufern an deutschen Zivilgerichten, 38.000 Urteile habe es bereits gegeben. Am Oberlandesgericht Köln machten VW-Fälle 38 Prozent aller Berufungsverfahren aus, am OLG Hamm 42 Prozent, am OLG Düsseldorf gut 33 Prozent (1.480 Verfahren)¹ Am BGH sind der FAZ zufolge nach grober Schätzung bislang etwa 1.700 „Dieselverfahren“ eingegangen, von denen rund 900 Stand Juli 2021 erledigt seien, nach wie vor seien aber die Eingangszahlen hoch.²

Gemäß § 130 Abs. 1 GVG werden bei dem Bundesgerichtshof Zivil- und Strafsenate gebildet, deren Zahl der Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz bestimmt. Derzeit bestehen dreizehn Zivilsenate

¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Abgasskandal#Klagen_in_Deutschland.

² <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/bgh-ruestet-sich-fuer-die-dieselklagen-17449544.html>.

und sechs Strafsenate. Vorliegend wurde von § 21e Abs. 3 GVG Gebrauch gemacht und ein neuer VIa. Zivilsenat als Hilfsspruchkörper für die ab August 2021 neu eingehenden Diesel-Verfahren eingerichtet. Es handelt sich hierbei um eine Sonderform einer Vertretungsregelung zur Bewältigung einer vorübergehenden Überlastung, die durch das Präsidium in Form einer Änderung der Geschäftsverteilung eingeführt wird. § 21e Abs. 3 GVG überträgt dem Präsidium die Besetzung der Spruchkörper, die Bestellung der Ermittlungsrichter, die Vertretungsregelung und die Geschäftsverteilung, jeweils vor dem Beginn des Geschäftsjahres für dessen Dauer. Diese Anordnungen dürfen im Laufe des Geschäftsjahres allerdings geändert werden, wenn dies wegen Überlastung oder ungenügender Auslastung eines Richters oder Spruchkörpers nötig wird.

Bereits in der Vergangenheit wurde am BGH von der Möglichkeit des Einsatzes eines vorübergehenden Hilfsspruchkörpers Gebrauch gemacht:

So bestand vom 1. Januar 2003 bis 31. Dezember 2004 der IXa. Zivilsenat nach einer ZPO-Reform zur vorübergehenden Entlastung des IX. Zivilsenats, der für die Rechtsbeschwerden und sonstige Rechtsbehelfe gegen Beschwerdeentscheidungen und andere Beschlüsse über die Zwangsvollstreckung in Grundstücke und anderes unbewegliches Vermögen sowie die Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von Sachen und zur Erwirkung von Handlungen oder Unterlassungen zuständig war.

Vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2010 bestand der Xa. Zivilsenat zur vorübergehenden Entlastung des X. Zivilsenats, bei dem ein Rückstau an arbeitsaufwändigen Patentnichtigkeitsverfahren entstanden war.

Zum Vergleich sieht Article R421-3 des französischen *Code de l'organisation judiciaire* vor, dass die *Cour de cassation* aus fünf Zivilkammern und einer Strafkammer besteht.

Für die Einführung weiterer Kammern wäre damit zunächst eine Gesetzesänderung erforderlich. Flexibilität besteht dahingehend, dass die Kammern in mehrere Abteilungen (*sections*) aufgeteilt sind, deren Zahl sowie die Anzahl der Richter in jeder Kammer an die Zahl eingehender Kassationsverfahren entsprechend angepasst werden kann (Article R431-2 des *Code de l'organisation judiciaire*).

■ Im Gespräch

Dr. Thomas Försterling, Docteur en droit, Rechtsanwalt in Frankfurt am Main



Unser langjähriges Mitglied Herr Dr. Thomas Försterling blickt auf eine vierzigjährige internationale Anwaltstätigkeit in Paris, Düsseldorf und Frankfurt am Main zurück. Zuvor hat er jeweils ein vollwertiges Jurastudium zuerst in Aix-en-Provence, vom ersten Semester bis zum Doctorat en Droit, und dann in München absolviert. Dies ist Grund genug, ihm unsere traditionellen Fragen zu seinen Erfahrungen im deutsch-französischen Rechtsverkehr zu stellen.

Nach einer langjährigen Tätigkeit als Partner einer überörtlichen deutschen Sozietät und einer internationalen Anwaltskanzlei ist Herr Dr. Försterling heute als Rechtsanwalt Of Counsel in der Kanzlei Bremen-Kamp Salger, Frankfurt am Main/Karlsruhe, tätig. Er ist Beiratsmitglied der Zeitschrift Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts (IPrax) und Mitverfasser im Loseblatt-Handbuch Geimer/Schütze, Internationaler Rechtsverkehr in Zivil- und Handelssachen. So wird es nicht wundern, dass er ganz besonders den Blick auf die forensische Praxis in Deutschland richtet.

Wie kamen Sie dazu, sich als Jurist mit dem Recht Frankreichs zu befassen?

Ich habe meine juristische Ausbildung an der juristischen Fakultät in Aix-en-Provence als regulärer Studienanfänger begonnen und erst nach dortigem Studienabschluss in Deutschland wiederum als Erstsemester Jura studiert. Primär wollte ich die französische Sprache erlernen, aber gleichzeitig auch in einem Fachgebiet, das über das rein Sprachliche hinausgeht und einen praktischen Hintergrund hat. Aus vorausgegangener Erfahrung wusste ich, dass es zu einer möglichst perfekten Beherrschung einer Fremdsprache zweckmäßig ist, soweit möglich nur unter französischen Studenten zu leben und keinesfalls mit anderen Personen Deutsch zu sprechen. Ich war in dem Studiengang für eine *licence en droit* der einzige deutsche Student an der Fakultät und hatte also gar nicht die Möglichkeit, mit jemanden Deutsch zu sprechen und musste demzufolge zwangsläufig von morgens bis abends Französisch denken und sprechen, mit der Folge, dass ich nach längerer Zeit nahezu akzentfrei Französisch sprechen konnte.

Welcher Unterschied fällt Ihnen zwischen der deutschen und der französischen Rechtspraxis besonders auf?

In der Rechtspraxis fällt auf, dass bei der Erörterung von Rechtsfragen, bei denen die Unterschiede zwischen dem deutschen und französischen Recht diskutiert werden, nahezu ausschließlich das materielle Recht im Vordergrund steht, weniger aber das Verfahrensrecht, und dort insbesondere die praktische Anwendung der teilweise sehr unterschiedlichen Ausführungsvorschriften gar nicht vorkommt.

Das gilt beispielsweise für den Zeugenbeweis, der im deutschen Zivilprozess eine viel stärkere Rolle spielt als im französischen. Das führt teilweise insbesondere dazu, dass eine französische Partei in einem Verfahren vor einem deutschen Zivilgericht in vielen Fällen außerordentlich benachteiligt ist, wenn der von ihr benannte Zeuge der deutschen Sprache nicht mächtig ist, und demzufolge seine Ausführungen von einem vom Gericht geladenen Übersetzer übersetzt werden müssen.

Kurz zusammengefasst ist es in der Praxis meist so, dass der Übersetzer schon deswegen überfordert ist, weil er mit dem Sachverhalt nicht vertraut ist und die entsprechenden Fachbegriffe meist nicht kennt. Mir ist noch heute ein Fall erinnerlich, wo der Richter den Übersetzer aufforderte, „*nun übersetzen Sie doch einfach mal ‚Rechnungsabgrenzungsposten‘*“ und der Übersetzer nur mit dem Kopf schüttelte. Wenn man weiter berücksichtigt, dass die Aussage des Zeugen zunächst vom Übersetzer für das Gericht nicht wörtlich und nicht vollständig übersetzt wird und anschließend wiederum vom Richter nicht wörtlich und wiederum auch nicht vollständig in das Protokoll aufgenommen wird und dieses wiederum nicht wörtlich und nicht vollständig vom Übersetzer zurückübersetzt wird, damit der Zeuge seine Aussage gemäß Protokoll genehmigen kann, wird deutlich, dass in vielen Fällen nur dann, wenn auch der Anwalt wirklich zweisprachig ist und eingreifen kann, eine sinngemäße Aussage protokolliert werden kann. Aber auch in diesem Fall ist ein Einschreiten des Anwalts in vielen Fällen schwierig, da sich der Richter auf den vom Gericht benannten Übersetzer verlässt und selbst nicht beurteilen kann, wie mangelhaft und vollständig übersetzt worden ist und ob der Anwalt zutreffend die Übersetzung bemängelt.

Berücksichtigt man, dass normalerweise keine Tonbandaufnahmen der diversen Aussagen und Übersetzungen vorhanden sind, so sind komplexe Zeugenaussagen französischer Zeugen vor deutschen Gerichten gelinde gesagt „*problematisch*“. Dies ist aber nicht nur bei mündlichen Zeugenaussagen vor Gericht so, sondern häufig auch bei Vorlage französischer Dokumente, die dem Gericht in deutscher Übersetzung vorzulegen sind, wenn eine entsprechende Anordnung dazu ergangen ist. Unabhängig von der Qualität der beglaubigten Übersetzungen, die dem Gericht vorgelegt werden, ist es sehr sinnvoll, wenn der Anwalt aus eigener Sach- und Sprachkenntnis dies überprüfen kann, wobei in der Praxis heute oft das weitere Problem besteht, dass die Parteien im deutsch-französischen Rechtsverkehr zumeist in englischer Sprache korrespondieren, ohne diese Sprache wirklich richtig zu beherrschen. Dann passiert es nicht selten, dass beispielsweise ein in englischer Sprache von einem französischen oder deutschen Muttersprachler verfasstes Schreiben nur dann richtig übersetzt werden

kann, wenn man gedanklich den englischen Text in die Heimatsprache des Verfassers zurückübersetzt und erst dann verstehen kann, was der Autor wirklich gemeint hat.

Das ist aber nicht das einzige Problem im deutsch-französischen Rechtsverkehr vor deutschen Gerichten: Hinzuweisen wäre auf das Verbot des Ausforschungsbeweises nach deutschem Prozessrecht, die Probleme des verspäteten Sachvortrages und das Verbot neuen Sachvortrages im Berufungsverfahren. Es bleibt ein weites Feld für angemessene (und notwendige) Beratung in diesem Bereich, die eine möglichst perfekte Beherrschung der Sprache voraussetzt.

Wo sehen Sie gute berufliche Aussichten für Juristen mit deutsch-französischen Rechtskenntnissen?

Ich kann diese Frage aus eigener Erkenntnis nicht beurteilen, allerdings scheint mir wichtig hervorzuheben, dass eine intensive Kenntnis der Sprache und Rechtsordnung eine Grundvoraussetzung für berufliche Aussichten ist. Dabei kommt allerdings eines hinzu: Das gegenseitige Verständnis der unterschiedlichen Rechtskulturen hat sich in den letzten Jahren nicht deutlich verbessert. Es herrscht auch ein deutliches Ungleichgewicht in dem Sinn, dass es sicherlich eine ganze Menge von deutschen Juristen gibt, die sehr gut französisch sprechen und auch Kenntnisse des französischen Rechts haben, dass aber in Frankreich die Zahl der deutsch sprechenden Juristen mit Kenntnissen im deutschen Recht deutlich niedriger ist, was wiederum daran liegt, dass die deutsche Sprache an französischen Schulen nur noch sehr eingeschränkt unterrichtet wird. Das ist bei den Berufsaussichten auch zu berücksichtigen.

Welche Empfehlungen würden Sie allgemein an junge Juristen in der Ausbildung richten?

Bei der universitären Ausbildung sehe ich im Gegensatz zur Teilnahme an Masterkursen einen Vorteil in der Teilnahme an Kursen, die zu Beginn des Studiums in Frankreich angeboten werden, insbesondere im Zivilrecht im *Droit des obligations* und im Handelsrecht *Droit des sociétés*.

Im anwaltlichen Berufsleben werden heute die meisten jungen Juristen zumeist gezwungen, sich schon früh zu spezialisieren. Das hat auch zur Folge, dass viele von ihnen nie forensisch tätig werden. Aber auch im Beratungsbereich ist eine vorausgegangene oder gleichzeitige forensische Tätigkeit sehr hilfreich, wenn man vor Gericht gezwungen wird, einmal sofort zu reagieren und zum anderen, genau das für den Termin gründlich vorzubereiten. Auf der anderen Seite hilft eine alleinige forensische Tätigkeit auch nicht zu verstehen, wie es zu einer Formulierung in einem Vertrag gekommen ist, wenn man nicht selbst erfahren hat, wie ein lange ausgehandelter Vertrag zustande kommt und welchen Einfluss dies auf einzelne Formulierungen haben kann oder hat.

■ Recht verständlich

Lieferkettensorgfaltspflichten / Obligations de vigilance

von Dr. Fabienne Kutscher-Puis, LL.M., Düsseldorf

2017, als das französische Gesetz Nr. 2017-399 vom 27. März 2017 über die Sorgfaltspflicht der Muttergesellschaften und der Auftraggeber (*loi n° 2017-399 du 27 mars 2017 relative au devoir de vigilance des sociétés mères et des entreprises donneuses d'ordres*) verabschiedet wurde, beendete dies eine hitzige Debatte von beinahe vier Jahren über die menschenrechtlichen Verpflichtungen der Unternehmen. Danach trat allerdings ein gewisser Stillstand ein. Anders in Deutschland, wo das Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz – LkSG) im Schnelllauf zwischen März und Juni 2021 im Bundestag verhandelt wurde, um am 16. Juli 2021 verkündet zu werden. Vermutlich wird die Anwendung und Durchsetzung des deutschen Instrumentariums schneller und effizienter als in Frankreich sein, da kurz vor Verabschiedung des Gesetzes noch klargestellt wurde, dass eine Verletzung der Pflichten aus diesem Gesetz keine spezialgesetzliche zivilrechtliche Haftung begründet. Aber der Reihe nach:

Was versteht man unter Sorgfaltspflichten und obligations de vigilance?

Sorgfaltspflichten werden im § 3 LkSG wie folgt umschrieben: „Unternehmen sind dazu verpflichtet, in ihren Lieferketten die in diesem Abschnitt festgelegten menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten in angemessener Weise zu beachten mit dem Ziel, menschenrechtlichen oder umweltbezogenen Risiken vorzubeugen oder sie zu minimieren oder die Verletzung menschenrechtsbezogener oder umweltbezogener Pflichten zu beenden.“

Artikel L. 225-102-4 *Code de commerce*, das das Gesetz Nr. 2017-399 kodifiziert, beinhaltet dagegen keine Begriffsbestimmung, sondern erlegt den unter die Sorgfaltspflichten fallenden Unternehmen auf, einen Sorgfaltspflichtenplan in effektiver Weise zu erstellen und durchzuführen („*établit et met en œuvre de manière effective un plan de vigilance*“). Dabei ist der Pflichtinhalt der jeweiligen Sorgfaltspflichtenpläne (in Deutschland: „Bericht über die Erfüllung der Sorgfaltspflichten“, § 10 LkSG) sehr ähnlich, was nicht weiter überrascht, da hier die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte vom 16. Juni 2011 und das Drei-Säulen-Modell bestehend aus (1) Risikoanalyse, (2) Präventions- und (3) Abhilfemaßnahmen umgesetzt werden sollen. Zusätzlich wird in beiden Ländern ein Beschwerdeverfahren bzw. ein Warnsystem eingerichtet. Die entsprechenden Maßnahmen sind in

Wie ist der jeweilige persönliche Anwendungsbereich der beiden Gesetze?

den §§ 4 bis 8 LkSG und im Artikel L. 225-102-4 Abs. 1 *Code de commerce* enthalten.

Wenngleich sich die zu treffenden Maßnahmen ähneln, so bestehen doch erhebliche Unterschiede in den jeweiligen Anwendungsbereichen der Regelungen: Das französische Gesetz greift weit kürzer als sein deutsches Pendant. So gelten die Sorgfaltspflichten in Frankreich lediglich für *Sociétés anonymes*, *Sociétés par Actions Simplifiées* und *Sociétés en Commandite par Actions*, die entweder Niederlassungen im Inland haben und mit ihren verbundenen Unternehmen mehr als 5.000 Arbeitnehmer beschäftigen oder Niederlassungen im In- und Ausland und mit ihren verbundenen Unternehmen mehr als 10.000 Arbeitnehmer beschäftigen (Artikel L. 225-102-4 Abs. 1 *Code de commerce*). Im Gegensatz dazu gilt das LkSG für alle Unternehmen ungeachtet ihrer Rechtsform, soweit sie (einschließlich ihrer verbundenen Unternehmen) im Inland bis Ende 2023 mehr als 3.000 Arbeitnehmer und ab Januar 2024 mehr als 1.000 Arbeitnehmer beschäftigen. Für Zweigniederlassungen ausländischer Unternehmen gilt derselbe Schwellenwert von 3.000 Arbeitnehmern bis Ende 2023 und ab Januar 2024 1.000 Arbeitnehmern, wobei – wie für Unternehmen mit Sitz in Deutschland – nur die inländischen und die ins Ausland entsandten Beschäftigten mitgezählt werden.

Wie wird die maßgebliche Lieferkette definiert?

Auch die Lieferkette wird im LkSG weiter als im *Code de commerce* definiert. Über die Tätigkeiten der Sorgfaltspflichtenadressaten im eigenen Bereich und ihrer verbundenen Unternehmen hinaus erfasst das französische Recht zwar die Tätigkeiten der Unterauftragnehmer und Zulieferer, dies jedoch nur bei Vorliegen einer ständigen Geschäftsbeziehung mit dem Unternehmen und sofern diese Tätigkeiten in Verbindung mit der Geschäftsbeziehung zum Unternehmen stehen (Artikel L. 225-102-4 *Code de commerce*).

Auch nach deutschem Recht umfasst die Lieferkette die Tätigkeiten (Warenlieferungen, Dienstleistungen von der Rohstoffgewinnung bis zur Lieferung an den Endkunden) des Unternehmens im eigenen Geschäftsbereich und die Tätigkeiten seiner verbundenen Unternehmen. Darüber hinaus werden Tätigkeiten der unmittelbaren Zulieferer und der mittelbaren Zulieferer, „deren Zulieferungen für die Produktherstellung oder die Dienstleistung notwendig sind“ berücksichtigt (§ 2 Abs. 7 und 8 LkSG). Zwar sind die Pflichten im Hinblick auf die sog. mittelbaren Zulieferer abgeschwächt, dennoch dürfen auch diese vom sorgfaltspflichtigen Unternehmen nicht aus den Augen verloren werden.

Welcher Verbotskatalog gilt jeweils in Frankreich und Deutschland?

Wahrscheinlich, weil die parlamentarischen Debatten in Frankreich so hitzig geführt worden sind, wurde versäumt, einen verbindlichen Verbotskatalog einzuführen. Das Gesetz verweist nur auf die „*droits hu-*

mains et les libertés fondamentales, la santé et la sécurité des personnes ainsi que l'environnement“ (Artikel L. 225-102-4 Abs. 1 *Code de commerce*), mithin auf die internationalen Verpflichtungen Frankreichs im Bereich der Menschenrechte und des Umweltschutzes. Es überrascht nicht, dass der *Conseil constitutionnel* diese Umschreibung als nicht präzise genug erachtet hat (Beschluss Nr. 2017-750 DC vom 23. März 2017).

Anders das LkSG: § 2 führt präzise die geschützten Rechtspositionen auf und verweist auf die in der Anlage aufgelisteten Übereinkommen zum Schutz der Menschenrechte. Auch die sog. umweltbezogenen Risiken werden unter Verweis auf die geltenden internationalen Übereinkommen näher definiert.

Und die Rechtsfolgen?

Gerade an den Rechtsfolgen unterscheiden sich beide Regelungen erheblich. Manche französischen Abgeordneten strebten die Einführung einer Gefährdungshaftung zulasten der sorgfaltspflichtigen Unternehmen an. So weit ist es nicht gekommen, lediglich eine zivilrechtliche Haftung nach den allgemeinen Haftungsregeln wurde eingeführt. Dies bedeutet, dass die Kläger den Nachweis des schuldhaften Handelns, des Schadens und des ursächlichen Zusammenhangs im Einzelnen führen müssen. Darin liegt das Problem, so dass bis dato eine zivilrechtliche Verurteilung von Unternehmen durch französische Gerichte nicht absehbar ist (zudem die Gerichte mehrere Jahre gebraucht haben, um die Frage der gerichtlichen sachlichen Zuständigkeit zu klären). Nicht problematisch aus französischer Sicht ist allerdings die Anwendung französischer Gesetzesbestimmungen, wenn das haftungsbegründende Handeln in Frankreich liegt. Der im Gesetz vorgesehene Bußgeldkatalog ist im Übrigen wegen Unbestimmtheit für verfassungswidrig erklärt worden. Auch ist bislang keine Aufsichtsbehörde berufen, um die Einhaltung des Gesetzes zu überwachen.

Anders in Deutschland: Zwar wurde eine zivilrechtliche Haftung wegen Verletzung der Sorgfaltspflichten in letzter Minute aus dem Gesetzesentwurf gestrichen, was zu einem Aufschrei in einigen Medien führte. Allerdings hat der deutsche Gesetzgeber mit dem Bußgeldkatalog (der Bußgelder bis zu 2% des Jahresumsatzes zulässt) und der Zuständigkeit des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) möglicherweise ein viel schärferes Schwert geschaffen. So kann man sich darüber hinwegtrösten, dass eine unabhängig von diesem Gesetz begründete zivilrechtliche Haftung nicht ausgeschlossen wurde. Denn diese kann letztlich nicht zu Verurteilungen in Deutschland führen, da eine Haftung für Handeln außerhalb der eigenen Organisationssphäre im deutschen Zivilrecht nicht besteht und das LkSG als Schutzgesetz ausscheidet.

■ Lesenswertes

Klaus F. W. Fleck/Wolfgang Güttler/Stefan Hans Kettler, Fachwörterbuch Recht, Wirtschaft und Politik / Dictionnaire juridique, économique et politique, Band 2: Deutsch - Französisch

von Dr. Jürgen Jekewitz, Dorweiler/Bonn



In der Ausgabe 1/2018 (Neue Veröffentlichungen mit Bezug zum französischen Recht, Seite 18 – 20) stellten die *Actualités* der Deutsch-Französischen Juristenvereinigung ihren Lesern ein umfangreiches neues Kompendium mit dem Schwerpunkt auf der französischen Rechts- und Wirtschaftssprache vor, dessen drei Autoren deutsche Muttersprachler mit nicht nur exzellenten Fach- wie Sprachkenntnissen waren. Der durch die Kennzeichnung als Band 1 bereits angekündigte Folgeband aus der Feder derselben Autoren, von denen der dritte Vorstandmitglied der Vereinigung ist, liegt inzwischen vor und verdient dieselbe Aufmerksamkeit wie sein Vorläufer. Waren es damals noch ca. 100.000 französische, auf die Themen Recht, Wirtschaft und Politik zentrierte Begriffe, für die deutsche Äquivalente angeboten wurden, setzt der Folgeband bei 115.000 deutschen Fachwörtern an, für die 265.000 französische Übersetzungen enthalten sind. Das führt jedoch nur zu einer Vermehrung des Umfangs des eigentlichen Lexikonteils um 200 Seiten, was den Ladenpreis um schlichte und dazu sinnvolle 10 Euro erhöht. Im Übrigen sind Aufbau, Zuordnung und weitgehend der Wortlaut der einführenden und erläuternden vorangestellten wie abschließenden beispielhaften Hinweise identisch, so dass eher als von einem Folgeband von einer spiegelbildlichen Gegenschau und Ergänzung die Rede sein kann.

Diese wendet sich – so erscheint der Eindruck –, wenn der erste Band als Adressat vom Ansatz her eher auf einen deutschen Sucher und Nutzer mit einem französischen Text an der Hand zielt, stärker an den französischen Kollegen, wie an den eingeschobenen Erläuterungen zu bestimmten deutschen Rechtsbegriffen deutlich wird. Insoweit handelt es sich um einen weiteren Beitrag zur deutsch-französischen Zusammenarbeit, für die der langjährige deutsche Botschafter in Paris (und jetzt in Ankara) Nikolaus Meyer-Landrut, der diesmal das Geleitwort verfasst hat, gerade den Rang eines *commandeur der Légion d'honneur* verliehen bekommen hat. Aber auch ein deutscher Verfasser, der mit der Aufgabe der Übertragung eines deutschen Textes aus dem zugrundeliegenden Themenbereich ins Französische konfrontiert ist, wird sinnvoll durch die Stolperfallen hindurchgelotst, die nicht nur durch die unterschiedliche Verwendung von Neologismen in beiden Sprachen entstehen können. Ansatz und Inhalt dieses zweiten Bandes

ergänzen somit den des ersten Bandes: Beide gehören nebeneinander griffbereit in das Bücherregal nicht nur des in deutsch-französischen Angelegenheiten täglich tätigen Anwalts; auch jeder andere an grenz- und sprachüberschreitenden Fragen aus dem mit diesen beiden Sprachmittlern angezielten Kernbereichen Interessierte wird mit Gewinn danach greifen.

Literaturhinweise BIJUS

von Dr. Maria Kordeva, Straßburg/Saarbrücken



Aurore Gaillet, « L'arrêt Lüth de la Cour constitutionnelle fédérale allemande. Un tournant historique pour la conception des droits fondamentaux à partir de la liberté d'expression », in : Gugliemi (Hrsg.) Les mutations de la liberté d'expression en droit français et étranger, 2021, S. 26-42.

Les faits de l'arrêt Lüth rendu par la Cour constitutionnelle fédérale le 15 janvier 1958 soulignent tant l'importance du « désir collectif de reflux » – et l'aspiration concomitante à la « normalisation » de la vie quotidienne – que la marque indélébile du national-socialisme pour l'histoire allemande. À l'origine de l'affaire se trouve un appel au boycott lancé par Erich Lüth, à l'occasion de l'ouverture de la « semaine du film allemand » (*Woche des deutschen Films*) le 21 septembre 1950. Le directeur du service de presse de la ville de Hambourg manifeste ce faisant, à titre individuel cependant, son indignation face au choix de présenter en avant-première le nouveau film du réalisateur Veit Harlan, en dépit de la triste notoriété de son auteur, associé à un film de propagande. Contesté en justice par les sociétés de production cinématographique concernées, l'appel au boycott est jugé « contraire aux bonnes mœurs », sur le fondement du § 826 du Code civil allemand (*BGB*). Lüth se voit imposer d'y mettre fin. Sa défense, fondée sur le « droit d'exprimer et de diffuser librement son opinion », garanti par l'article 5 al. 1 de la Loi fondamentale allemande, est écartée, les droits fondamentaux ne valant classiquement pas pour les rapports entre personnes privées. La formation d'un recours constitutionnel individuel contre le jugement du tribunal civil de Hambourg permettra précisément à la Cour constitutionnelle fédérale de revenir sur cette interprétation. Sept ans après la formation du recours, la première chambre de la Cour (*Erster Senat*) reconnaît le caractère fondé du recours et ouvre la porte à « l'innovation la plus spectaculaire du droit public allemand après 1945 ». L'arrêt Lüth peut ainsi être analysé

comme un « tournant historique » dans au moins deux directions. Il faut d'abord comprendre comment, en posant une théorie des droits fondamentaux à partir de la liberté d'expression, la Cour constitutionnelle fédérale a établi les bases d'une évolution décisive pour le système juridique et juridictionnel allemand. L'accent mis sur les éléments quelque peu dépassés ou datés de la décision engage ensuite l'auteur à présenter quelques pistes d'actualisation de la « dogmatique » issue de la jurisprudence Lüth.

Claus Dieter Classen, « Le droit à la réputation et à l'honneur en Allemagne. Un envahissement du droit public dans le droit privé sur invitation », in : Gugliemi (Hrsg.) *Les mutations de la liberté d'expression en droit français et étranger*, 2021, S. 87-100.

Si en Allemagne comme ailleurs, les règles du droit ordinaire régissant la portée de la liberté d'opinion dans les relations entre personnes privées sont fortement imprégnées par le droit constitutionnel, il y a une spécificité en ce qui concerne le droit à la réputation et à l'honneur. Dans ce domaine, l'envahissement du droit public dans le droit privé a eu lieu sur invitation des tribunaux de droit commun. En outre, cet envahissement ne se limite pas au droit matériel, laissant son application aux tribunaux de droit commun comme c'est le cas en France. Grâce au recours constitutionnel individuel, la Cour constitutionnelle fédérale allemande a le dernier mot même en ce qui concerne l'application des règles constitutionnelles dans des cas concrets – ce qui, de toute évidence, soulève la question de la répartition des compétences entre Cour constitutionnelle et tribunaux de droit commun. Longtemps, le droit à la réputation et à l'honneur n'a joué pratiquement aucun rôle en droit civil allemand. C'est d'ailleurs la raison principale de l'évolution entreprise par la Cour fédérale de justice (*Bundesgerichtshof*), c'est-à-dire la Cour suprême en matières civiles et pénales. Cette évolution date de 1954, peu après l'entrée en vigueur de la Loi fondamentale (23 mai 1949). La Cour fédérale de justice a alors choisi de se référer au droit constitutionnel pour développer un droit à la réputation et à l'honneur, qualifié, de manière générique, de droit de la personnalité. Elle a proposé cette évolution avant même que la Cour constitutionnelle ne se penche elle-même sur la détermination épineuse du rôle du droit constitutionnel dans les relations entre personnes privées. Le droit à l'honneur, composante du droit général de la personnalité garanti par la combinaison de l'art. 1 al. 1 et l'art. 2 al. 1 de la Loi fondamentale, peut, à l'heure actuelle, être invoqué à la fois devant les tribunaux de droit commun et devant la Cour constitution-

nelle fédérale. Pour cette raison, avant de traiter le droit matériel, l'auteur traite de la répartition des compétences entre les tribunaux de droit commun et la Cour constitutionnelle fédérale.

Philippe Cossalter, « Gouvernement et liberté d'expression. Propos sur la jurisprudence récente de la Cour constitutionnelle fédérale », in : Gugliemi (Hrsg.) *Les mutations de la liberté d'expression en droit français et étranger*, 2021, S. 103-114.

La jurisprudence récente de la Cour constitutionnelle fédérale est la base des développements consacrés à la liberté d'expression sous l'aspect particulier de son exercice par des acteurs politiques. Si le thème peut être présenté de manière structurée en s'appuyant sur le droit allemand, ce n'est guère le cas s'agissant du droit français. Cependant, le 17 mai 2019, un jugement du Tribunal de grande instance de Paris a débouté deux députés communistes ayant attiré la société Twitter. L'objectif du recours était de démontrer l'inutilité de la loi n°2018-1202 du 22 décembre 2018 relative à la lutte contre la manipulation de l'information. En vertu de l'art. L. 163-2 du Code électoral français, « pendant les trois mois précédant le premier jour du mois d'élections [...] lorsque des allégations ou imputations inexactes ou trompeuses d'un fait de nature à altérer la sincérité du scrutin à venir sont diffusées de manière délibérée, artificielle ou automatisée et massive par le biais d'un service de communication au public en ligne, le juge des référés peut, [...] prescrire [...] toutes mesures proportionnées et nécessaires pour faire cesser cette diffusion ». Le ministre de l'Intérieur français avait twitté une information relative à une agression des personnels de l'hôpital de la Pitié Salpêtrière. Cette information s'est révélée fautive. Le juge des référés rejette une demande de retrait du tweet du ministre, eu égard notamment au fait que « si le tweet a pu employer des termes exagérés [...] il n'a pas occulté le débat, puisqu'il a été immédiatement contesté, que de nombreux articles de presse écrite ou Internet ont indiqué que les faits ne s'étaient pas déroulés de la manière exposée par le ministre ». Cette affaire française montre que la liberté d'expression des membres du gouvernement peut être encadrée, mais par des voies détournées et principalement sur le fondement du Code électoral. Quant à la garantie de la liberté d'expression au bénéfice du gouvernement, elle ne semble pas avoir fait l'objet d'une consécration en tant que telle.

En Allemagne, aux termes de l'article 5 de la Loi fondamentale, « chacun a le droit d'exprimer et de diffuser librement son opinion par la parole, par l'écrit et par l'image, et de s'informer sans entraves aux sources qui sont accessibles à tous. [...] Ces droits trouvent leurs limites dans les prescriptions des lois générales ». Les partis politiques

ont une importance et des missions particulières. Leur assise textuelle est l'article 21 de la Loi fondamentale disposant que « les partis concourent à la formation de la volonté politique du peuple ». En tant que maillon intermédiaire dans la chaîne de formation de la volonté politique, situé entre la société civile et l'État, les partis politiques jouissent pleinement de la liberté d'expression. Le gouvernement « pour le peuple » réalisé par le moyen d'élections et le pouvoir d'État exercé par des organes spéciaux, investis des pouvoirs législatif, exécutif et judiciaire supposent l'existence de formations politiques représentant la volonté du peuple se trouvant dans la capacité de l'exprimer de manière suffisamment fidèle et complète. Si un parti candidat qui n'a pas de fonction gouvernementale peut librement s'exprimer afin de défendre son programme politique et convaincre le plus grand nombre d'électeurs, la question de l'étendue et de l'intensité de la liberté d'expression d'un parti ayant déjà accédé aux responsabilités gouvernementales est épineuse. Les membres du gouvernement bénéficient, en tant que membres d'un parti, de la liberté d'expression en ce qu'ils participent comme les autres partis politiques à la « pré-formation de la volonté politique ». Mais le risque de domination des partis de gouvernement sur les partis d'opposition tempère le principe d'égalité des chances dans la compétition politique, ce qui réduit grandement le droit de riposte du gouvernement.

Franz C. Mayer, « Lettre de Berlin. L'état du droit européen vu de l'Allemagne », *Revue de l'Union européenne*, Nr. 645, 2021, S. 68-72.

La contribution présente un panorama des décisions rendues par la Cour constitutionnelle fédérale allemande en lien avec le droit de l'Union européenne. Le débat sur l'intégration européenne a été dominé, au cours de ces derniers mois, par les solutions de Karlsruhe, éclipsées par la crise du coronavirus, comme le remarque l'auteur, et qui a marqué la présidence allemande du Conseil de l'Union européen à partir de juillet 2020.

Par la décision rendue le 13 février 2020, la Cour constitutionnelle fédérale déclare la nullité de la loi ratifiant l'accord sur la juridiction unifiée du brevet. L'accord conclu entre les États membres de l'UE visait en effet à améliorer la protection du brevet du niveau européen et ne faisait pas l'objet d'un débat politique agité. Cependant, la Cour décide de ne pas donner carte blanche à cette juridiction en avançant que le Bundestag n'avait pas approuvé la loi à la majorité des deux tiers contrairement à ce que prévoit l'article 23 de la Loi fondamentale. Cet article prévoit deux hypothèses de transfert de droits souverains aux instances de l'Union. Le transfert à la majorité simple et le

transfert à la majorité des deux tiers sans pour autant définir le champ d'application. Dans le cas de l'accord portant sur la juridiction unifiée du brevet, la Cour considère que la majorité des deux tiers est requise et à défaut d'une telle majorité prononce la nullité de la loi de ratification. Selon le raisonnement du juge allemand, l'introduction d'une juridiction contraignante devrait être considérée comme ayant la portée d'une modification constitutionnelle exigeant la majorité des deux tiers. Autre remarque intéressante : désormais, un individu peut utiliser le recours constitutionnel (*Verfassungsbeschwerde*) pour faire contrôler des éléments de la procédure législative, dans un contexte d'intégration européenne, tels que le choix de la majorité requise.

Autre décision ayant durablement marqué les esprits en Allemagne, mais également en Europe : le jugement rendu sur le programme d'achat de titres du secteur public le 5 mai 2020¹ déclarant pour la première fois qu'un acte juridique de l'Union européenne était *ultra vires*, et, en tant qu'acte dépassant les compétences de l'Union, ne liait pas les instances nationales. Cette solution qualifiée d'euroseptique par les observateurs signifie pour l'auteur un dépassement des compétences de la Cour constitutionnelle fédérale et une rupture avec sa jurisprudence antérieure.

La pandémie du coronavirus, le droit européen et la Cour constitutionnelle fédérale risquent encore de se rencontrer sur un point sensible : la question de l'avenir des finances européennes. La présidence allemande du Conseil de l'Union a été complètement dictée par la crise pandémique. Les négociations finales sur le cadre financier pluriannuel (CFP) et les décisions sur le budget à long terme de l'UE ont également eu lieu pendant la présidence allemande. L'Union a retrouvé son rôle dans la crise sanitaire grâce à « *Next Generation EU* » (NGEU) portant sur 750 millions d'euros d'aide financière et la mise en place de nouveaux emprunts de l'UE.

Thomas Hochmann, « Un succès d'exportation : la conception allemande du contrôle de proportionnalité », *AJDA*, Nr. 14, 2021, S. 805-809.

La formalisation allemande du principe de proportionnalité est l'un des succès d'exportation de l'Allemagne. La version mondialisée est souvent simplifiée par rapport à l'analyse à laquelle se livre la Cour constitutionnelle allemande, qui commence par vérifier la conformité à la Loi fondamentale du but poursuivi par la norme qui fait l'objet de

¹ Des notices bibliographiques sélectionnées des nombreux commentaires de cette décision ont été répertoriées dans les *Actualités 2/2020*, p. 38.

son contrôle. L'ordre d'examen des questions par le Conseil constitutionnel et le Conseil d'État est bien différent de celui du juge allemand. Cependant, cette exportation est partielle. Dans la version allemande, le contrôle porte sur trois éléments : les caractères adapté, nécessaire et proportionné au sens strict de la mesure. Si, en France, le Conseil constitutionnel et le Conseil d'État affirment que les restrictions apportées à certaines libertés doivent être « nécessaires, adaptées et proportionnées » à l'objectif poursuivi, ils reprennent les termes de la conception allemande, selon laquelle la mesure doit être adaptée, nécessaire et proportionnée au sens strict. Mais la compréhension française du principe de proportionnalité opère simplement « au niveau lexical ». Les exigences sont rarement examinées successivement de manière méthodique. La succession des critères appliqués par le juge allemand se termine par une balance (*Abwägung*) entre les valeurs ou les « intérêts protégés » en présence. Le principe de proportionnalité est un outil important qui confère un grand pouvoir au juge qui le met en œuvre. Il permet à la Cour constitutionnelle d'apprécier à la fois sous l'angle des faits et celui des valeurs une mesure qui restreint un droit fondamental.

S'il « existe un rudiment d'espéranto juridique, il réside peut-être dans le succès mondial du contrôle de proportionnalité ».

Joachim Gruber, « Der Mordfall Markovic – Delon, Pompidou, Nacktfotos und eine Staatsaffäre », *Journal der Juristischen Zeitgeschichte*, 2021, S. 93-100.

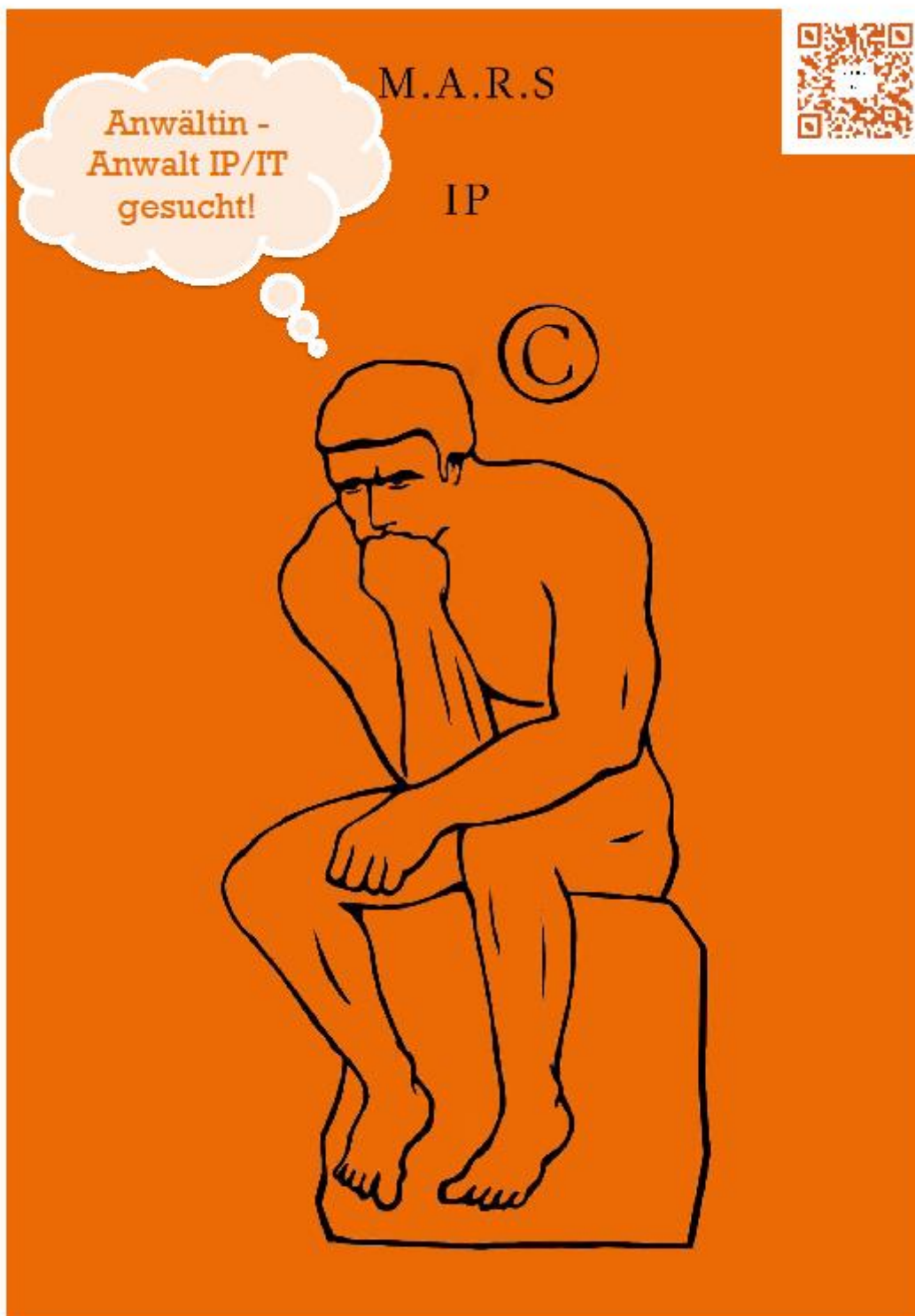
Der Beitrag schildert die Geschehnisse rund um den Mord an Stevan Marcovic im Jahre 1968, welcher sich zu einer politischen Affäre in Frankreich ausgeweitet hat. Marcovic arbeitete zum Zeitpunkt seines Todes für den damals bereits bekannten Schauspieler Alain Delon, der Fall wies Verbindungen bis zum Präsidentschaftskandidaten Georges Pompidou auf und erregte in der Presse viel Aufsehen. Der Autor geht in seinem Beitrag genauer auf die Ermittlungen, die Rolle des Ehepaars Pompidou in dem Mordfall und auch die Verwicklungen von de Gaulle und René Capitant ein.

Aus diesem Mordfall entwickelte sich eine der mysteriösesten Nachkriegs-Affären Frankreichs, die in Deutschland wenig bekannt ist. François Marcantoni und der berühmte Schauspieler Alain Delon kannten sich seit 1953 und Marcantoni galt als Hauptverdächtiger in diesem Fall. Delon wurde von der französischen Polizei verhört, hat aber erklärt, dass er am angenommenen Todeszeitpunkt von Markovic in Saint Tropez war. Auch Georges Pompidou wurde mit dem Fall verbunden: im Zeitpunkt der Markovic-Affäre hatte er keine herausragende politische Funktion inne. Nach dem Rücktritt von de Gaulle am

29. April 1969 nach dem verlorenen Referendum über die Regionalreform gewann Pompidou im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen. Es wurde vermutet, Markovic habe versucht, Teilnehmer an Sexpartys, unter denen sich die Frau des ehemaligen Premierministers, Georges Pompidou, befand, zu erpressen. Pompidou war verärgert, dass er von der Regierung nicht sofort informiert wurde und begann, offensiv in der Öffentlichkeit gegen die Gerüchte anzukämpfen. So konnte er nachweisen, dass er und seine Frau zu dem Zeitpunkt, wo diese Sexparty stattgefunden haben sollte, Urlaub in der Bretagne machten. Pompidous Intimfeind, der Justizminister René Capitant, veröffentlichte am 12. März 1969 eine Presseerklärung, in der er ausführte, dass unwahre Gerüchte hinsichtlich der Affäre Markovic in Umlauf gesetzt worden seien, um gewissen Personen zu schaden. Hinsichtlich Pompidous Verhalten überrascht es, dass er diese politische Affäre nach seinem Amtsantritt als Präsident nicht öffentlich aufgearbeitet hat. Ermittlungsrichter Jean Ferré erließ am 29. August 1975 einen Beschluss, das sein Strafverfahren gegen François Marcantoni eröffnet wird. Am 12. Januar 1976 beantragte der Staatsanwalt die Einstellung des Verfahrens gegen Marcantoni, da nicht ausreichend Belastungsbeweise vorlagen. Die Anklagekammer hob den Beschluss des Ermittlungsrichters auf und erließ einen Einstellungsbeschluss. Der Rechtsanwalt Roland Dumas legte dann dagegen Revision bei der *Cour de cassation* ein. Das Rechtsmittel wurde zurückgewiesen. Der Mordfall wurde nach sieben Jahren Untersuchungsarbeit als ungeklärter Mordfall geschlossen.

Der Artikel unseres Mitglieds, Herrn Prof. Gruber, der sich fast wie ein Krimi liest, nimmt die Leser auf eine spannende Reise an den Beginn der V. Republik mit, und führt sie in das damalige Räderwerk des französischen Staatsapparates und der französischen Justiz. Eine empfohlene Lektüre auch für Frankreich-Kenner.

■ Neue Perspektiven





MARS-IP: eine deutsch-französische und europäische Anwaltskanzlei, die auf geistiges Eigentum, Urheberrecht, personenbezogene Daten und neue Technologien spezialisiert ist. Unsere Kunden sind in verschiedenen wirtschaftlichen, künstlerischen und kulturellen Bereichen tätig. Wir arbeiten in französischer, deutscher und englischer Sprache, unser Ansatz ist europäisch, wir mögen ihn, und wir denken, dass er die Zukunft ist!

Wir wachsen, und unser Ziel ist es, unser Team zu europäisieren und unseren Kunden mehrsprachige und multijurisdiktionale Kompetenzen in den Bereichen geistiges Eigentum und Wirtschaftsrecht anzubieten. Für unser Berliner Büro suchen wir ab sofort:

einen Rechtsanwalt/eine Rechtsanwältin in (m/w/d)

Ihre Ziele und Aufgaben:

Sie werden Teil eines kleinen, dynamischen und multikulturellen Teams von Juristen sein. Sie stehen in Kontakt mit einer internationalen Klientel bei der Beratung und Prozessführung in allen Bereichen des geistigen Eigentums, des Datenschutzes und des Wirtschaftsrechts.

Sie werden das deutsche Rechtsangebot ausbauen.

Was wir anbieten:

- Eine originelle und zeitgemäße Anwaltskanzlei im Herzen von Berlin
- Ein internationales Umfeld in einem kleinen, aber wachsenden und freundlichen Team
- Interessante und abwechslungsreiche Fälle und Aufgaben im französischen, deutschen und europäischen Recht
- Moderne Arbeitsmethoden und eine flache Organisation
- Ein hohes Maß an Selbstständigkeit mit solider Ausbildung
- Aufgaben zur Entwicklung der Legal-Tech-Projekte der Kanzlei

Ihr Profil:

- Sie sind deutscher oder französischer Muttersprachler und beherrschen unsere Arbeitssprachen perfekt Französisch, Deutsch, Englisch
- Sie sind Rechtsanwalt, Inhaber eines 2. Staatsexamens und haben sich vorzugsweise auf das Recht des geistigen Eigentums, personenbezogene Daten und Informationstechnologie spezialisiert
- Sie haben ein echtes Interesse am internationalen Leben
- Sie sind multitaskingfähig, schnell, organisiert und selbstständig. Sie sind kommunikationsfähig und können in einem internationalen Team arbeiten
- Sie haben erste Erfahrungen in einer Anwaltskanzlei oder in einem Unternehmen gesammelt.

Bitte senden Sie Ihre Bewerbung mit einem Anschreiben ausschließlich per E-Mail an office@mars-ip.eu.

Bleibtreustrasse 20 · D 10623 Berlin · T +49 30 56 55 35 50 · F +49 30 56 55 35 520
 26, rue du Quatre-Septembre · F-75002 Paris · T +33 1 44 39 49 50 · F +33 1 44 39 49 51 · Pektin E 1432
contact@mars-ip.eu · www.mars-ip.eu



Le cabinet **MARS – IP** : cabinet d’avocat franco-allemand et européen spécialisé en droit de la propriété intellectuelle, droit d’auteur, données personnelles et nouvelles technologies. Nos clients interviennent dans divers secteurs économiques, artistiques et culturels. Travaillant en français, allemand et anglais, notre approche est européenne, nous aimons cela et nous pensons que c’est l’avenir !

Nous nous développons et notre ambition est d’européaniser notre équipe et d’offrir à nos clients des compétences en PI et droit des affaires multilingues et ouvertes sur plusieurs droits. Nous recherchons dès maintenant pour notre bureau de Berlin :

un.e avocat.e tri-lingue (F/H/X)

Vos objectifs et missions :

Vous intégrez une petite équipe juridique dynamique et multiculturelle. Vous serez en contact avec une clientèle internationale dans leurs dossiers de conseil et de contentieux dans tous les domaines du droit de la propriété intellectuelle et des données personnelles et du droit des affaires.

Vous développerez l’offre de droit allemand.

Ce que nous offrons :

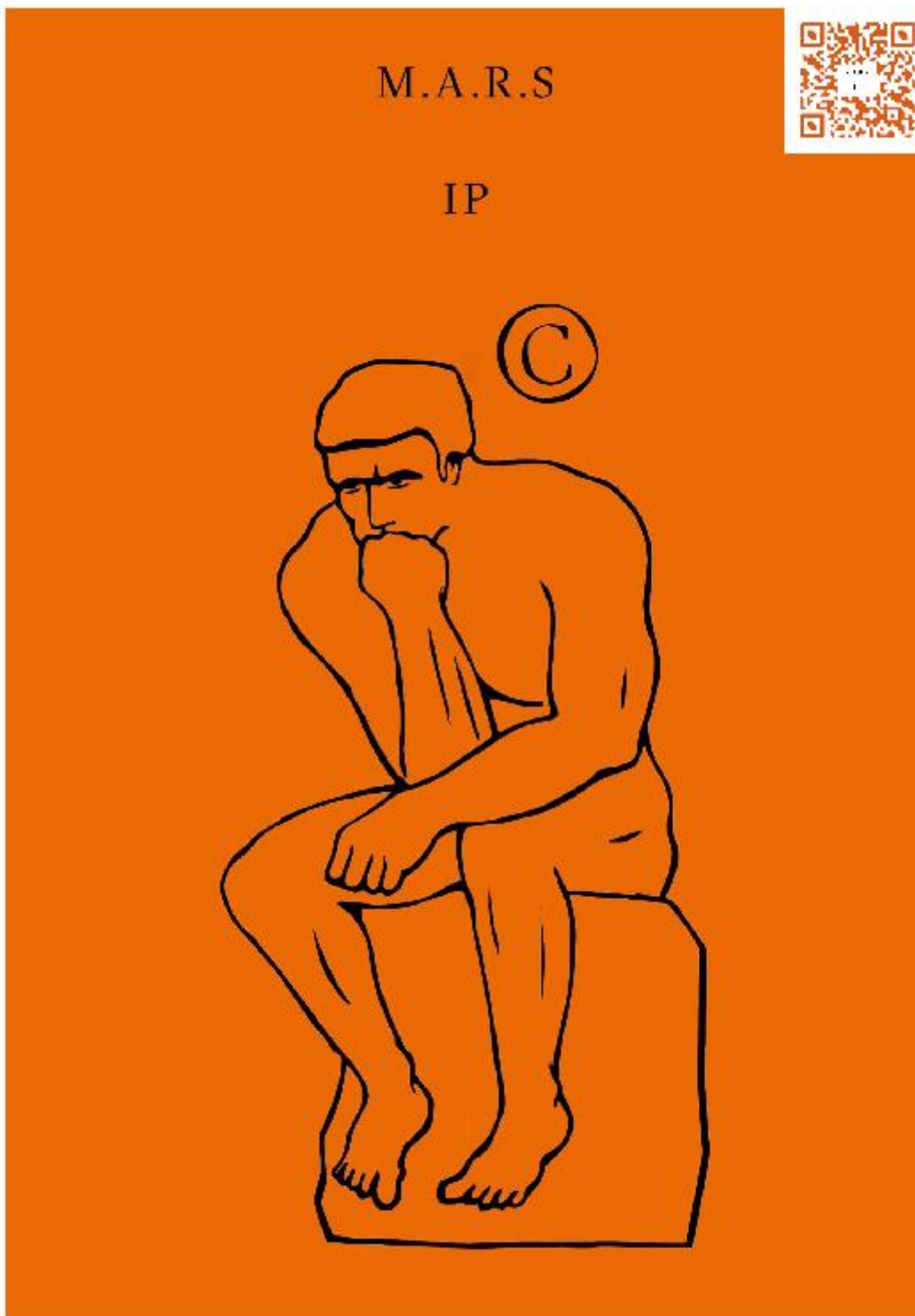
- Un cabinet original et contemporain en plein cœur de Berlin
- Un environnement international au sein d’une petite équipe bienveillante en plein essor
- Des dossiers et des responsabilités intéressantes et variés en droit français, allemand et européen
- Des méthodes de travail modernes et une organisation horizontale
- Une grande autonomie accompagnée d’une solide formation
- Des missions de développement des projets Legal Tech du cabinet

Votre profil :

- De langue maternelle allemande ou française, vous maîtrisez parfaitement nos langues de travail : français, allemand, anglais
- Vous êtes avocat.e, titulaire du 2. Staatsexam avec de préférence une spécialité en Droit de la propriété intellectuelle, données personnelles et technologie de l’information
- Vous avez un réel intérêt pour la vie internationale
- Vous êtes multitasking, rapide, organisé.e et autonome. Les nouveaux défis ne vous font pas peur vous savez communiquer et travailler en équipe internationale
- Vous avez une première expérience en cabinet d’avocat ou en entreprise.

Veuillez envoyer votre candidature avec une lettre de motivation par e-mail uniquement à office@mars-ip.eu

Bleibtreustraße 20 · D 10623 Berlin · T +49 30 56 55 35 50 · F +49 30 56 55 35 520
 26, rue du Quatre-Septembre · F 75002 Paris · T +33 1 44 39 49 50 · F +33 1 44 39 49 51 · Pskón E 1432
contact@mars-ip.eu · www.mars-ip.eu





Die Anwaltskanzlei [MARS – IP](#): eine deutsch-französische Kanzlei spezialisiert im geistigen Eigentum, Urheberrecht, Datenschutz und neuen Technologien. Unsere Klienten intervenieren in unterschiedlichen wirtschaftlichen, künstlerischen und kulturellen Sektoren. Die Arbeitssprachen sind Französisch, Deutsch und Englisch, unser Ansatz ist europäisch und das lieben wir!

Ständig offen für neue Begegnungen und teilnehmend an der Ausbildung unserer zukünftigen Kollegen und Kolleginnen suchen wir für unser Büro in Berlin:

Eine/n bi-tri-linguale/n Referendar/in (M/W/D)

Für eine Dauer von 4 bis 9 Monaten

Ab Januar 2022

Ihre Ziele und Missionen:

Sie werden Teil eines kleinen, juristisch dynamischen und multikulturellen Teams. Sie werden mit einer internationalen Klientel sowie mit deren Beratungs- und Prozessakten in allen Bereichen des geistigen Eigentums und der persönlichen Daten in Kontakt sein. Sie werden lernen, wie man eine Anwaltskanzlei führt, die flexibel und modern ist und sich ständig an die aktuellen Herausforderungen des Anwaltsberufs anpasst. Unter der Aufsicht eines wohlwollenden Teams werden sie die Verantwortung haben in völliger Autonomie Informations- und Aktualitätsaufträge der Kanzlei auszuführen.

Wir bieten Ihnen:

- Eine originelle und zeitgenössische Kanzlei im Herzen Berlins
- Ein internationales Umfeld innerhalb eines kleinen und aufstrebenden Teams
- Interessante, abwechslungsreiche Dossiers und Verantwortlichkeiten im französischen, deutschen und europäischen Recht
- Moderne Arbeitsmethoden und eine horizontale Organisationsstruktur
- Große Autonomie begleitet von einer soliden Ausbildung
- Entwicklungsaufträge für die Legal Tech Projekte der Firma

Ihr Profil:

- Ihre Muttersprache ist Deutsch oder Französisch, Sie beherrschen unsere Arbeitssprachen sehr gut: Französisch, Deutsch und Englisch,
- Sie sind im Referendariat mit Spezialisierung auf Recht des geistigen Eigentums, personenbezogenen Daten und Informationstechnologie
- Sie haben in Frankreich und Deutschland studiert und haben ein echtes Interesse am internationalen Leben
- Sie sind Multitasking fähig, schnell, organisiert und autonom. Neue Herausforderungen machen Ihnen keine Angst und Sie können kommunizieren sowie in einem internationalen Team arbeiten.
- Sie haben bereits eine erste Berufs- oder Praktikumserfahrung in einer Anwaltskanzlei oder einem Unternehmen.

Bitte senden Sie Ihre Kandidatur mit beiliegendem Motivationsschreiben per E-Mail an contact@mars-ip.eu.

Mme Aral Rocca Steinhilber

*Avocate aux Barreaux de Paris, Mitglied der Rechtsanwaltskammer Berlin
Spécialiste en droit de propriété intellectuelle – Spécialiste en Droit des nouvelles technologies
Diplômée de Sciences Po Paris*

Bleisstrasse, 20 • D-10121 Berlin • T +49 30 56 35 35 30 • F +49 30 56 35 35 20
25, rue de Quatre Septembre • F-75001 Paris • T +33 1 44 84 49 50 • F +33 1 44 29 49 51 • Paris C 1433
contact@mars-ip.eu • www.mars-ip.eu



Le cabinet **MARS – IP** : cabinet d’avocat franco-allemand spécialisé en droit de la propriété intellectuelle, droit d’auteur, données personnelles et nouvelles technologies. Nos clients interviennent dans divers secteurs économiques, artistiques et culturels. Travaillant en français, allemand et anglais, notre approche est européenne et nous aimons cela !

Sans cesse ouverts aux nouvelles rencontres et participant à la formation de nos futurs confrères, nous recherchons pour notre bureau de Berlin :

un.e Referendaire bi-tri-lingue (F/H/X)

pour une durée de 4 à 9 mois

à partir de janvier 2022

Vos objectifs et missions :

Vous intégrez une petite équipe juridique dynamique et multiculturelle. Vous serez en contact avec une clientèle internationale dans leurs dossiers de conseil et de contentieux dans tous les domaines du droit de la propriété intellectuelle et des données personnelles. Vous apprendrez la gestion d’un cabinet d’avocat, flexible, moderne et en perpétuelle adaptation aux défis actuels de la profession d’avocat. Vous aurez la responsabilité de mener les missions d’information et d’actualité du cabinet en toute autonomie sous la supervision d’une équipe bienveillante.

Ce que nous offrons :

- Un cabinet original et contemporain en plein cœur de Berlin
- Un environnement international au sein d’une petite équipe en plein essor
- Des dossiers et des responsabilités intéressantes et variés en droit français, allemand et européen
- Des méthodes de travail modernes et une organisation horizontale
- Une grande autonomie accompagnée d’une solide formation
- Des missions de développement des projets Legal Tech du cabinet

Votre profil :

- De langue maternelle allemande ou française, vous maîtrisez très bien nos langues de travail : français, allemand, anglais
- Vous êtes élève-avocat.e, titulaire d’un Master 2, en Referendariat avec une spécialité en Droit de la propriété intellectuelle, données personnelles et NTIC
- Vous avez étudié en France et en Allemagne et avec un réel intérêt pour la vie internationale
- Vous êtes multitasking, rapide, organisé.e et autonome. Les nouveaux défis ne vous font pas peur vous savez communiquer et travailler en équipe internationale
- Vous avez une première expérience de stage/d’emploi en cabinet d’avocat ou en entreprise.

Merci d’envoyer votre dossier de candidature accompagné d’une lettre de motivation uniquement par email à contact@mars-ip.eu.

Marie-Jeanne Roesch-Steinböcker

Avocate aux Barreaux de Paris, Mitglied der Rechtsanwaltskammer Berlin
Spécialité en droit de la propriété intellectuelle – Spécialité en Droit des nouvelles technologies
Diplômée de Sorbonne Paris Cité

BioLansaustr. 20 • D-10121 Berlin • T +49 30 56 55 35 20 • F +49 30 56 55 35 220
25, rue de Quatre Septembre • F-75002 Paris • T +33 1 44 88 49 59 • F +33 1 44 88 49 51 • Pêche C 1433
contact@mars-ip.eu • www.mars-ip.eu

<h2 style="margin: 0;">MALMENDIER LEGAL</h2>		
<p>Wir sind eine wachsende national und international tätige, wirtschaftsrechtlich orientierte unabhängige Anwaltssozietät. Wir beraten Unternehmen und die öffentliche Hand insbesondere auf den Gebieten Immobilienwirtschaft, Öffentliches Wirtschaftsrecht, Regulierung, Energiewirtschaftsrecht, Handels- und Gesellschaftsrecht, Bankrecht, Vergaberecht, FinTech sowie Film und Medien.</p> <p>Zum Eintritt in unsere Kanzlei zum nächstmöglichen Zeitpunkt suchen wir für unser Berliner Büro</p> <p style="text-align: center;">Rechtsanwältinnen / Rechtsanwälte (Voll- oder Teilzeit) mit sehr guten Englisch- oder Französischkenntnissen für die Bereiche:</p> <p style="text-align: center;">Zivilrecht unter Einschluss der immobilien-, handels- und gesellschaftlichen Bezüge</p> <p style="text-align: center;">Öffentliches Wirtschaftsrecht mit einem Schwerpunkt im öffentlichen Planungs- und Baurecht</p>		
<p>Wir suchen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte mit erster oder längerer Berufserfahrung. Sie verfügen über eine weit überdurchschnittliche juristische Befähigung, möglichst Promotion, verhandlungssichere englische oder französische Sprachkenntnisse, wirtschaftliches Verständnis, common sense und savoir vivre.</p> <p>Wir bieten die Vorzüge einer internationalen anwaltlichen Boutique mit interessanten Mandaten und überschaubaren Strukturen, ausgeprägtem team spirit, geregelten Arbeitszeiten, guter Vergütung und persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten.</p>	<p>Wir möchten Kollegen ansprechen, die wir als zukünftige Partner sehen und denen wir deshalb ein hohes Maß an Selbstständigkeit gewähren können. Wir bieten gute Entwicklungsmöglichkeiten und einen modernen Arbeitsplatz im Herzen Berlins mit einem motivierten Team.</p> <p>Bitte richten Sie Ihre Bewerbung an:</p> <p>Dr. Bertrand Malmendier (malmendier@malmendier-legal.com).</p> <p>Einzelheiten über uns finden Sie auf unserer Homepage:</p> <p style="text-align: center;">www.malmendier-legal.com</p>	
<p>Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung!</p>		
<p>MALMENDIER LEGAL Kurfürstendamm 213 10719 Berlin Tel. (030) 59 00 30 4-0</p>		